

Städtische Unternehmungen

Wiener Stadtwerke

Am 23. Dezember 1973 konnten die Wiener Stadtwerke den Jahrestag ihres 25jährigen Bestehens feiern. Es beschloß nämlich am 23. Dezember 1948 der Wiener Gemeinderat, die Elektrizitätswerke, Gaswerke und die Verkehrsbetriebe zu einem Unternehmen der Stadt Wien zusammenzufassen; damit wurde eine weitgehende Koordination und Kooperation dieser Teilunternehmungen ermöglicht. Zentralstellen konnten nun geschaffen werden, die Rationalisierungsmaßnahmen in großem Stil gewährleisten. Außerdem ergaben sich durch die Möglichkeit der Erfolgspooling der Teilunternehmungen sehr wesentliche Steuereinsparungen.

Am 1. Jänner 1949 nahmen die „Wiener Stadtwerke“ unter dieser neuen Firmenbezeichnung ihre Tätigkeit auf. Am 15. Dezember 1952 wurde die Städtische Bestattung als vierte Teilunternehmung mit den Wiener Stadtwerken vereinigt. Seit damals sind die vier genannten Unternehmungen als gesondert verwalteter Vermögensteil der Stadt Wien zu einem Unternehmen zusammengeschlossen und erfüllen ihre Aufgaben zum Besten der Wiener Bevölkerung.

Die wirtschaftliche Lage der Wiener Stadtwerke war auch im Jahre 1973 durch schwere finanzielle Belastungen gekennzeichnet, und die damit verbundenen Probleme konnten nur mit äußersten Anstrengungen gemeistert werden. Die Hauptprobleme bestanden, wie auch schon in den vorangegangenen Jahren, in den weiterhin stark anwachsenden Investitionsnotwendigkeiten, denen sich die Wiener Stadtwerke auf Grund ihrer gesellschaftspolitisch orientierten Aufgabenstellung nicht entziehen konnten, in der Personalintensität der meisten von ihnen erbrachten Leistungen, die bei einem Nachziehen der Personalbezüge auf den in der Wirtschaft üblichen Stand finanziell besonders stark ins Gewicht fielen, sowie in den Zinsen- und Tilgungsverpflichtungen für jenes Fremdkapital, das schon in früheren Jahren aufgenommen werden mußte, um die jeweiligen Finanzlücken zu schließen.

Hiezu wäre erklärend beizufügen, daß die kommunalen Versorgungsunternehmungen in allen Staaten der Welt derzeit unter der Bedürfnisexplosion der modernen Verbrauchsgesellschaft zu leiden haben, die zu einem Investitionszwang führt, der ihre Kräfte weitgehend übersteigt. Die ausreichende Finanzierung der überproportional sich entwickelnden Investitionsnotwendigkeiten aus eigenen Mitteln ist fast nirgends möglich. Vielfach bringen die Trägerkörperschaften selbst einen Großteil des benötigten Kapitals auf; falls sie dies nicht vermögen, führt der Zwang zur Finanzierung mit Hilfe von Fremdkapital zu einer von Jahr zu Jahr anwachsenden Verschuldung dieser Unternehmungen.

Bei den Wiener Stadtwerken sind die Elektrizitätswerke, welche lange Zeit das finanzielle Rückgrat des Unternehmens bildeten, seit kurzem nicht mehr in der Lage, ins Gewicht fallende Kapitalunterstützungen an den notleidenden Nahverkehr weiterzugeben, weil sie selbst Investitionen in Milliardenhöhe vorzunehmen haben werden. Dies führt zu dem Dilemma, daß für den Nahverkehr unabdingbare lebensnotwendige Investitionen in Ballungszentren gemacht werden müssen, der Betrieb selbst aber ungeheure Mittel verschlingt, die durch die Einnahmen nicht hereingebracht werden können. Es ergibt sich dadurch ein dauernder Kapitalverzehr, der sich sogar auf Fremdkapital erstreckt, dem zum Teil keine wertvermehrenden Investitionen gegenüberstehen.

Die Wiener Stadtwerke, vor allem die Verkehrsbetriebe, sind, der Natur ihrer Leistungen zufolge, extrem lohnintensive Unternehmungen. Bei ihren Kosten dominieren die Personalkosten. Entsprechend starken Einfluß muß daher zwangsläufig die dem Wachstum der übrigen Wirtschaft adäquate steigende Entwicklung auf dem gesamtwirtschaftlichen Lohnsektor gerade auf das Erfolgsbild der Wiener Stadtwerke aufweisen. Dazu kommt noch, daß die Verkehrsbetriebe infolge der als besonders ungünstig empfundenen Dienstzeitenregelung für ihr Personal gezwungen sind, in der Regel mit im vorderen Feld dieser Entwicklung zu marschieren. Ungeachtet der erheblichen Personaleinsparungen wachsen die Personalaufwendungen ständig. Während der Stand des aktiven Personals der Verkehrsbetriebe von rund 12.100 Bediensteten im Jahre 1962 auf rund 8.900 im Jahre 1974 abgesunken ist, stieg der entsprechende Personalaufwand von rund 600 Millionen Schilling auf rund 1.040 Millionen Schilling.

Die Tilgungs- und Zinsverpflichtungen für bereits in früheren Jahren aufgenommenes Fremdkapital belasten die finanzielle Gebarung der Wiener Stadtwerke von Jahr zu Jahr stärker. Für die

Jahre 1961 bis 1974 war die Aufnahme von Anleihen im Betrage von 6,3 Milliarden Schilling nötig, wobei auch für die weitere Zukunft zu erwarten ist, daß ohne derartige Geldzuflüsse in laufend wachsenden Größenordnungen nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann.

Obwohl die Wiener Stadtwerke als eine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führende Unternehmung ihre Aufwendungen durch Erträge voll abdecken soll und darüber hinaus für die Erhaltung der Substanz sowie für die wirtschaftliche und technische Fortentwicklung aus eigenen Erträgen zu sorgen hätte, gelang dies seit dem Jahre 1949 nur zweimal annähernd, nämlich im Jahre 1952 mit einem Gewinn von 1,8 Millionen Schilling und im Jahre 1972 mit einem solchen von 120,7 Millionen Schilling. In allen anderen Jahren ergab sich für die Gesamtunternehmung eine Verlustlage, die in Summe den Betrag von rund 3,5 Milliarden Schilling ausmachte.

Der positive Erfolg des Jahres 1972 war allerdings nur auf das Zusammentreffen der sich nun voll auswirkenden Pensionsentlastung durch die Hoheitsverwaltung mit den Tarifierhöhungen des Jahres 1972 bei den Verkehrsbetrieben und bei den Elektrizitätswerken zurückzuführen. Die inzwischen wieder eingetretenen Erhöhungen, vor allem beim Personal- und beim Materialaufwand, aber auch bei den Fremdkapitalzinsen, verschlechterten im Jahre 1973 die Erfolgsrechnung wieder entscheidend.

Die permanente Verlustentwicklung, die selbst durch massive Unterstützungen wie die Pensionsentlastung und durch Tarifierhöhungen jeweils nur gebremst, aber im wesentlichen nicht zum Stillstand gebracht werden konnte, wie auch die wachsende Verschuldung beruhen vor allem auf der wirtschaftlichen Entwicklung der Verkehrsbetriebe, die seit jeher an einem akuten Mangel an Eigenkapital gelitten haben. Dieser wieder kam durch die Jahrzehnte währende, durch die Pensionsentlastung beseitigte Stellung als Altersversorgungsträger und durch die Ermäßigungen der Sozialtarife, die das übliche Maß weit übersteigen, zustande. Allein in den Jahren 1962 bis 1971 ergab sich für die Verkehrsbetriebe eine Pensionslast von mehr als 3,8 Milliarden Schilling, während der durch die Sozialtarife erzwungene Einnahmeverzicht von derzeit jährlich rund 340 Millionen Schilling in demselben Zeitraum Mindereinnahmen von rund 3,4 Milliarden Schilling zur Folge hatte. Die angeführten Umstände bedingen, daß sich die finanzielle Situation der Verkehrsbetriebe auch weiterhin äußerst kritisch gestalten wird. Damit kann aber auch die wirtschaftliche Situation der Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung nicht als positiv bezeichnet werden.

Die am 1. Jänner 1973 erfolgte Einführung der Mehrwertsteuer in Österreich brachte für die kaufmännischen Abteilungen der Wiener Stadtwerke eine Fülle von zusätzlichen Arbeiten. Unter anderem traten Probleme im Zusammenhang mit den Übergangsbestimmungen für die Strom- und Gasabrechnung, bei den Teilzahlungsanforderungen, bei der Behandlung von Baukostenzuschüssen, bei der Entlastung des Vorratsvermögens sowie bei der steuerlichen Behandlung der Nebenleistungen auf. Zusätzliche Probleme ergaben sich durch die vom Preisbestimmungsgesetz 1972 geforderte Entlastung der Preise von kumulierter Umsatzsteuer bei Strom in der Höhe von 1,4 Prozent und bei Gas mit 1 Prozent. Darüber hinaus mußten die Elektrizitätswerke bei den Haushaltsgrundpreistarifen für die viermonatige Übergangszeit im Interesse der Preisstabilisierung eine 7,4prozentige Entlastung vornehmen. Eine ähnliche Regelung wurde auch für die Gaskonsumenten getroffen.

Ungeachtet dieser Probleme, die sich auch bei anderen Teilunternehmungen in den verschiedensten Bereichen auswirkten, konnte der Übergang auf das neue Umsatzsteuersystem technisch und organisatorisch anstandslos gemeistert werden. Allerdings war dieser Übergang für die Wiener Stadtwerke mit schweren finanziellen Belastungen verbunden, weil sie zur Stabilisierung des Preisniveaus beitragen und rund 76 Millionen Schilling an Mehrwertsteuer auf sich nehmen mußten, die nach dem Gesetz der Letztverbraucher zu tragen gehabt hätte. Am stärksten wurden dadurch die Verkehrsbetriebe betroffen. Sie hatten die gesamte Umsatzsteuerlast von rund 55 Millionen Schilling nicht nur im Jahr des Überganges auf die Mehrwertsteuer, sondern auch in den Folgejahren zu finanzieren.

Einige wichtige Neuerungen ergaben sich im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung. Es wurde das sogenannte „job-accounting“ eingeführt, welches die Wirtschaftlichkeit der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen besser beurteilen läßt. Ferner wurde im Materialwesen die Umstellung auf das Material-Informations-, Dispositions- und Abrechnungssystem (MIDAS) abgeschlossen; die Anfangsschwierigkeiten, vor allem im Zusammenhang mit der Dateneingabe über einen Handschriftbelegleser, konnten allerdings noch nicht ganz überwunden werden. Mit dem Datenaufbau für ein künftiges automatisches Bestellwesen wurde begonnen. Die maschinelle Inventur 1972 mit der Vorratsentlastung nach dem Umsatzsteuergesetz 1972 gelang anstandslos. Ebenso ordnungsgemäß verlief die Jahresabrechnung über den Gas- und Stromverbrauch, die durch eine Zwischenablesung im Zusammenhang mit den ab 1. Juni 1973 geänderten Entlastungssätzen auch im Jahre 1973 erschwert war. Umfangreiche Programmierarbeiten fielen in fast allen Bereichen der Gehalts-, Pensions- und Nebengebührenverrechnung als Auswirkungen des neuen Lohnsteuer- und Sozialversicherungsgesetzes

sowie der Gehaltsregulierung mit 1. Juli 1973 an. Zahlreiche Änderungs- und Verbesserungsarbeiten betrafen ferner die Gasgroßkonsumverrechnung und die Umstellung auf Erdgasversorgung, das Zählerwesen der Elektrizitätswerke, die Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe und die Buchhaltungen aller Teilunternehmungen.

Es konnten aber auch die verschiedensten technischen Bereiche der Wiener Stadtwerke vom Rechenzentrum erfaßt werden. Hier sind die Netzberechnungen, die Störungsstatistik, die Leitungsstatistik, die Umtausch- und Betriebsstatistik für die technischen Kundendienstabteilungen sowie die Trend- und Prognoseuntersuchungen zu nennen. Außerdem wurden bestehende Programme, die Berechnung von Koppelkapazitäten, die Untersuchungen über Beeinflussungsprobleme und die Zählerstatistikprogramme erweitert. Auch ein Auswerte- und Zeichenprogramm für Untersuchungen der Gleichzeitigkeitsfaktoren wurde erstellt. Weitere Untersuchungen betrafen die Optimierung von Belastungskurven und statistische Auswertungen über fremdstoffbeschichtete Hochspannungsisolatoren. Schienennetzberechnungen, Vorarbeiten und Untersuchungen, betreffend das Verfahren der Zustandserkennung (State-Estimation) elektrischer Netze, die Ermittlung und grafische Darstellung von Dauerstandskennlinien, die Erstellung einer Zähler- und Schaltgerätestatistik, eine Modifikation des Brennstoffermittlungsprogramms sowie Untersuchungen über den spezifischen Wärmebedarf von Blockkraftwerken gehörten gleichfalls zu den übernommenen Arbeiten. Desgleichen wurden die Brandschadenprämissen von Anlagen und Maschinen ermittelt, Anbotvergleiche (Preispiegel) erstellt, bestehende Programme für einen erhöhten Benutzerkomfort umgebaut und Baumassenberechnungen angestellt. Die Gasrohrnetzberechnungen wurden fortgesetzt. Spezialuntersuchungen sollten die sich im Rohrnetz ergebenden Konsequenzen der Installation einer Gasturbine im Gaswerk Leopoldau ermitteln. Schließlich dienten Dimensionierungsrechnungen von Steckscheiben in Gasrohrnetzen der Trennung verschiedener Betriebsgrößen im Netz. Mit dem U-Bahn-Bau im Zusammenhang standen die Berechnung von Kurzschlußströmen und Berührungsspannungen im U-Bahn-Netz sowie gewisse Planungsarbeiten, die zum Teil mit umfangreichen Programmierarbeiten verbunden waren.

Die Vorschlagsaktion „Mitdenken macht sich bezahlt“ erbrachte 43 Verbesserungsvorschläge; 10 Vorschläge enthielten besonders wertvolle Anregungen und wurden mit Prämien von zusammen 26.500 S bedacht.

Die Abteilung für Innenrevision verfaßte 75 Prüfberichte über die durchgeführten Ordnungsprüfungen und Organisationsuntersuchungen. Außerdem regte sie verschiedene Arbeitsverbesserungen an, die sich unter anderem mit dem Wasserverbrauch bei den Verkehrsbetrieben befaßten, bei dem durch eine getroffene Regelung etwa eine viertel Million Schilling pro Jahr eingespart werden können, ferner mit der Vorgangsweise bei der ärztlichen Untersuchung von Bediensteten, mit dem Reinigungsdienst durch Firmen, bei dem Ausgaben von zirka 1 Million Schilling pro Jahr vermieden werden können, mit dem Bewachungsdienst in den Unterstationen der Verkehrsbetriebe sowie mit dem Problem der sogenannten „Leichtdienstler“ der Verkehrsbetriebe.

Der Personalstand der Wiener Stadtwerke umfaßte am 31. Dezember 1973 insgesamt 14.784 aktive Bedienstete; Lehrlinge sind in dieser Zahl nicht enthalten. Damit hat sich der Personalstand gegenüber demselben Zeitpunkt des Vorjahres um 500 Bedienstete (3,3 Prozent) verringert. Im Laufe des Jahres 1973 waren 706 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Bei den 4 Teilunternehmungen zeigte sich eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Personalsituation. Die Elektrizitätswerke konnten die an sie gestellten, dauernd steigenden Anforderungen mit einem nahezu unveränderten Stand an Mitarbeitern bewältigen. Bei den Gaswerken verringerte sich im Jahre 1973 der Personalstand weiterhin um 54 Bedienstete; hier trat der allmähliche Übergang von einem Produktionsbetrieb in einen Verteilungsbetrieb, entsprechend dem Fortgang der Umstellungsarbeiten auf Erdgas, in Erscheinung. Bei den Verkehrsbetrieben verringerte sich die Zahl der Bediensteten um 448, wobei sich die Verminderung hauptsächlich im Fahrdienst und bei den qualifizierten Facharbeitern ergab. Nur die Städtische Bestattung hatte Ende des Jahres 1973 einen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 5 Mitarbeiter höheren Personalstand.

Im Laufe des Jahres 1973 wurden 550 Bedienstete in den Ruhestand versetzt; am Jahresende erhielten insgesamt 17.207 Personen Ruhe (Versorgungs-Genüsse), um 159 weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Am Ende des Jahres 1973 betrug die Zahl der insgesamt bei den Wiener Stadtwerken Beschäftigten 14.784, die Zahl der Dienstposten 16.718; es herrschte somit ein Personalunterstand von 11,6 Prozent. Dabei bot die weiterhin anhaltende günstige wirtschaftliche Lage in Österreich keine Möglichkeit, die benötigte Anzahl von Arbeitskräften für den Dienst bei den Wiener Stadtwerken zu gewinnen. Besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1973 war der Arbeitsmarkt angespannt, und erst gegen Jahresende war eine leichte Besserung in der Personalaufbringung festzustellen. Vor allem waren Facharbeiter, wie

Elektriker und Installateure, als Fahrbedienstete, also als Straßenbahnfahrer, Autobuslenker und Schaffner verwendbare Personen, aber auch Hilfsarbeiter und Kanzleibedienstete nicht in der benötigten Zahl aufzutreiben.

Auch an Technikern bestand Mangel. Die Wiener Stadtwerke konnten daher ihre Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung nur durch die Bereitschaft der Bediensteten, Mehrdienstleistungen in beträchtlichem Maße zu erbringen, erfüllen. Daneben wurden Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen, die zur Einsparung von 360 Dienstposten führten.

Bei der geschilderten Personalsituation kam der Personalwerbung größte Bedeutung zu. Diese konzentrierte sich vor allem auf Fahrbedienstete, Elektriker, Installateure und Kanzleibedienstete. Für die Werbung wurden vor allem Inserate in den Tageszeitungen und Werbeplakate in den Betriebsmitteln der Verkehrsbetriebe benützt. Erstmals wurde auch versucht, durch Inserate in den Regionalzeitungen Mitarbeiter aus der näheren Umgebung Wiens zu gewinnen, doch scheiterten Aufnahmen vielfach daran, daß es nicht immer möglich war, geeignete Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Am erfolgreichsten war die Werbung durch die eigenen Bediensteten in Form von persönlichen Gesprächen und der gezielten Verteilung von Werbematerial. Die teuerste Werbung waren Werbespots im Fernsehen, deren Effizienz nur schwer quantifizierbar ist.

Da diese Werbemittel nicht immer den erhofften Erfolg brachten, wurden zur Linderung der Personalnot weiterhin Studenten und Hobbyfahrer für den Fahrdienst geschult und nach Absolvierung der Fahrerschule als Teilbeschäftigte eingesetzt. Darüber hinaus wurden in zunehmendem Maße Gastarbeiter eingesetzt. Ende des Jahres 1973 waren bei den Verkehrsbetrieben immerhin 108 Jugoslawen und 34 Tunesier beschäftigt. Da sich besonders der Einsatz tunesischer Gastarbeiter in den Werkstätten der Verkehrsbetriebe bewährt hat, wurden im Laufe des Jahres Informationsgespräche mit der tunesischen Botschaft in Wien geführt, um Tunesier auch als Facharbeiter für den Dienst bei den Verkehrsbetrieben zu gewinnen.

Allgemein gut aufgenommen wurden die neuen Uniformen für Bedienstete der Verkehrsbetriebe, die im Herbst 1972 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden und seit dem Frühjahr 1973 an die Bediensteten ausgegeben werden. Diese neuen Uniformen tragen dazu bei, den Dienst bei den Verkehrsbetrieben attraktiver erscheinen zu lassen.

Im Rahmen der innerbetrieblichen Schulung wurden auch im Jahre 1973 Vorbereitungskurse für die Ablegung der Fachprüfung für den Verwaltungsdienst sowie für die Fachprüfung für den Kanzleidienst abgehalten, um den neu eingetretenen Bediensteten die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen theoretischen Kenntnisse zu vermitteln. Nach dem Besuch der Vorbereitungskurse legten 24 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes und 121 Kanzleibedienstete ihre Fachprüfung mit Erfolg ab, von den ersteren erhielten 3, von den letzteren 6 eine Auszeichnung.

Eingehende Diskussionen und Beratungen zwischen Verwaltung und Gewerkschaft führten zu einer Neuordnung des Dienstprüfungswesens und zu einer Straffung des Prüfungsstoffes. Es werden im Rahmen der Vorbereitungskurse auch Seminare abgehalten, in denen neben Verwaltungsrecht Soziologie, Psychologie und Ökonomie vorgetragen werden. Überdies wird den Bediensteten die Möglichkeit der Weiterbildung in Seminaren und Vorträgen mit aktuellem Bezug geboten, die im Rahmen der Verwaltungsakademie der Stadt Wien abgehalten werden. Besonderen Anklang fanden Führungen in die Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe sowie Vorträge über die elektronische Datenverarbeitung im Bereich der Wiener Stadtwerke. Da für einige Tätigkeiten eine Spezialausbildung erforderlich ist, die im Rahmen des Unternehmens nicht geboten werden kann, erhielten die Bediensteten die Möglichkeit, an Ausbildungslehrgängen im In- und Ausland teilzunehmen. Eine derartige Spezialausbildung ist etwa für die elektronische Datenverarbeitung sowie für die Tätigkeit als Kraftwerksmeister im Blockbetrieb notwendig.

Um Nachwuchskräfte heranzubilden, wurden wieder kaufmännische Lehrlinge zu Industriekaufleuten ausgebildet. Nach Ablegung der Kaufmannsgehilfenprüfung konnten einige auf freien Dienstposten im Bürodienst eingesetzt werden. Auch technische Zeichner und Chemielaboranten konnten im Wege der Lehrlingsausbildung gewonnen werden. Seit September 1973 wird bei den Wiener Stadtwerken ferner ein 1. Lehrgang für die Ausbildung von Lehrlingen zu Starkstrommonteuren in einer Lehrwerkstätte geführt.

Es ist zu hoffen, daß die Lehrlinge nach Abschluß ihrer dreieinhalbjährigen Ausbildung bei den Elektrizitätswerken und den Verkehrsbetrieben auf Arbeitsplätzen bei diesen Teilunternehmungen eingesetzt werden können und auf diese Weise der Mangel an derartigen Fachkräften gemildert werden kann. Zu Jahresbeginn 1973 standen 201 Lehrlinge in Ausbildung, nämlich 192 als Industriekaufleute, 8 als technische Zeichner und 1 als Chemielaborant. Im September wurden neuerlich Lehrlinge auf-

genommen, und zwar 96 in die kaufmännische Lehre, 7 in die technische Zeichnerlehre, 1 in die Chemielaboranten- und erstmals 32 in die Starkstrommonteurlehre. Zu Jahresende waren insgesamt 260 Lehrlinge beschäftigt.

Die Lehrlinge und jugendlichen Angestellten wurden im Rahmen des Jugendbetreuungsprogramms mit den Einrichtungen der Stadt Wien durch Vorträge, Führungen und Exkursionen vertraut gemacht. Theaterbesuche, Filmvorführungen und gelegentliche Autobusfahrten dienten der Pflege der Geselligkeit.

Als Anerkennung für die langjährige Dienstleistung erhielten 287 Bedienstete vom Bürgermeister unterfertigte Diplome und als Jubiläumsgabe Remunerationen. Von diesen hatte 1 Bediensteter 50 Jahre, 42 hatten 40 Jahre und 244 Bedienstete hatten 25 Jahre im Dienste der Wiener Stadtwerke verbracht.

3 Bedienstete der Wiener Stadtwerke wurden in Würdigung ihrer Verdienste um die Republik Österreich vom Bundespräsidenten durch die Verleihung eines Ehrenzeichens ausgezeichnet. Einem Bediensteten von der Wiener Landesregierung ein Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien verliehen.

An der Blutspendeaktion beteiligten sich 1.679 Bedienstete. Das gespendete Blut kam der Blutbank des Allgemeinen Krankenhauses sowie der im Sanatorium Hera der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien eingerichteten Blutbank zugute.

Seit 1. Jänner 1973 steht das Bundesgesetz vom 30. Mai 1972, BGBl. Nr. 234/1972, über den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Arbeitnehmerschutzgesetz) in Kraft. Dieses Bundesgesetz regelt im Sinne moderner Sozialpolitik alle Maßnahmen, die zur Verhütung von beruflich bedingten Unfällen oder Erkrankungen der Arbeitnehmer dienen, und berücksichtigt vor allem die neuesten Erkenntnisse der Technik, der Arbeitshygiene und der Arbeitspsychologie. Nach diesem Gesetz, in dessen Geltungsbereich auch die Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke fallen, sind Sicherheitsvertrauenspersonen und Sicherheitstechniker zu bestellen; außerdem ist ein betriebsärztlicher Dienst einzurichten. Alle diese vom Arbeitnehmerschutzgesetz vorgesehenen Einrichtungen haben die Wiener Stadtwerke bereits seit langem auf freiwilliger Basis geschaffen; seit vielen Jahren sind bei den Elektrizitätswerken, Gaswerken und Verkehrsbetrieben Sicherheitsreferate eingerichtet.

Die Zahl der Unfälle blieb im Jahre 1973 im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich. Häufigste Unfallursache war wieder Unachtsamkeit der Dienstnehmer; zumeist ereigneten sich Unfälle durch Sturz oder Fall. Zur Aufklärung der Bediensteten über moderne Unfallverhütung wurden regelmäßig die Nachrichtenblätter „BS — Betriebssicherheit“ sowie „Sichere Arbeit“ verteilt. Außerdem wurden in den werkseigenen Prüf- und Versuchsanstalten Schutz- und Hilfsmittel entwickelt. Es nahmen auch regelmäßig Vertreter der Wiener Stadtwerke an den Fachtagungen des Arbeitskreises für Sicherheitstechnik der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt teil. Großer Wert wurde auf die Schulung des Personals gelegt. Die Sicherheitsreferenten der Teilunternehmungen hielten für die Bediensteten Vorträge und führten Filme zum Thema „Unfallverhütung“ vor. Darüber hinaus wurden die Bediensteten in Erster-Hilfe-Leistung unterwiesen. Innerbetriebliche Brandschutzaktionen befaßten sich mit Brandschutz und Brandverhütung, und es lag auch stets das „Mitteilungsblatt der Österreichischen Brandverhütungsstelle“ zur Lektüre auf.

Die zahlreichen Verbesserungen auf dem Gebiete des Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrechtes, die im Jahre 1973 für aktive Bedienstete wie auch für die Pensionisten der Stadt Wien vorgenommen wurden, fanden bereits im Kapitel „Personalangelegenheiten“ Erwähnung. Darüber hinaus gab es noch für einzelne Bedienstetengruppen der Wiener Stadtwerke Verbesserungen. So wurden ab 1. Jänner eine zusätzliche Entschädigung für die Bediensteten der Gehaltsverrechnung und Pensionsabteilung sowie eine Zulage für die in Umspann- und Unterwerken, aber auch in den Wasserkraftwerken tätigen Bediensteten der Schemata I/III der Elektrizitätswerke geschaffen. Ab demselben Zeitpunkt wurde ferner die Zulage für Rohrlegermonteure sowie deren Aufsicht und Helfer erhöht, aber auch für die an den Gasbehälteranlagen Wienerberg, Brigittenau und Baumgarten tätigen Bediensteten der Schemata I/III der Gaswerke eine Zulage eingeführt. Ab 1. Mai wurde eine Zulage für die Lehrer der Straßenbahnfahrer im Einmannbetrieb und eine Doppelverwendbarkeitszulage für Straßenbahnfahrer im Einmannbetrieb der Verkehrsbetriebe geschaffen. Ab 1. Juli wurden die Kollektivvertragsbediensteten der Werksküche der Gaswerke der Vertragsbedienstetenordnung unterstellt und die Gasgeräteanschlusszulage der Gaswerksbediensteten abgeändert; außerdem wurde bei der Städtischen Bestattung die Zulage für die erschwerte Arbeitsleistung des Totenabholdienstes erhöht. Weiters erhalten ab 1. August die Bediensteten der Verkehrsbetriebe, die am Großgrünmarkt Inzersdorf Dienst leisten, eine Zulage. Ab 1. Oktober wurde die Inspektionsdienstzulage für Bedienstete der Gaswerke geändert sowie die Arbeitszeit für Bedienstete des Fahr- und Verkehrsdienstes der Verkehrsbetriebe neu geregelt,

wodurch diese nunmehr 4 zusatzfreie Tage haben. Schließlich wurde ab 1. November eine Zulage für Beamte des Fahrplanbüros der Verkehrsbetriebe eingeführt. Allgemein wurde eine Höherreihung bei verschiedenen Bedienstetengruppen, den erhöhten Anforderungen bei allen 4 Teilunternehmungen entsprechend vorgenommen, insbesondere jedoch bei den Autobuslenkern, den Straßenbahnfahrern im Einmannbetrieb und bei den Fahrern der Verkehrsbetriebe. Ebenso wurde der Stellenplan in einigen Dienstbereichen verbessert.

Die schon bisher verfolgte *Bevorratungspolitik* der Wiener Stadtwerke, im besonderen der Elektrizitätswerke, bewährte sich vor allem während der gegen Ende des Jahres 1973 aufgetretenen Energiekrise. Die Überwindung dieser kritischen Situation war aber nur möglich, weil neben der vorausschauenden Bevorratung durch den Einsatz von Erdgas sowie durch organisatorische Maßnahmen Heizöl eingespart werden konnte.

Es gelang, für die Elektrizitäts- und Gaswerke sowie für die Verkehrsbetriebe die nötigen Treibstoffmengen sicherzustellen. Außerdem wurde der Rohentwurf eines *Energiekonzeptes* fertiggestellt. Ziel dieses Energiekonzeptes ist es, Probleme der Energieversorgung einer für die Stadt Wien optimalen Lösung zuzuführen. Hierbei ergaben sich Berührungspunkte mit der Stadtplanung, weil eine möglichst frühe Abstimmung der Aufgabengebiete der beiden Bereiche für die Erreichung dieses Zieles notwendig ist.

Für die Verwirklichung des Energiekonzeptes bildet die Koordinierung der einzelnen leitungsgebundenen Energieträger Strom, Gas und Fernwärme eine wesentliche Grundlage. Eine wichtige Funktion fällt hierbei dem Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE) zu. Für das Zustandekommen von Empfehlungen, welche leitungsgebundene Energieart bei Bauprojekten eingesetzt werden soll, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des AKE.

Im Jahr 1973 erteilte der AKE 68 Empfehlungen für Bauvorhaben mit einem Gesamtanschlußwert für Raumheizung von insgesamt zirka 224 Gcal/h. In diesem Wert ist auch die Wärmeversorgung der ersten Baustufe des neuen Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien (IAKW) mit zirka 65 Gcal/h enthalten. Außerdem wurde bei 440 Wohnbauförderungsansuchen, mit welchen die Förderung von 15.700 Wohnungen angestrebt wurde, die Einhaltung der im Wohnbauförderungsgesetz festgelegten Umweltschutzbestimmungen bezüglich der vorgesehenen Beheizung überprüft.

Zu erwähnen wäre schließlich noch, daß im Jahre 1973 die Bemühungen, auf dem Fernwärmeversorgungssektor eine Kooperation zwischen dem Bund und der Gemeinde Wien herbeizuführen, fortgesetzt wurden. Es kam ein Rahmenvertrag zwischen dem Bund und der Heizbetriebe Wien-GmbH zustande, der den Anschluß von Bundesobjekten an das Fernwärmenetz vorsieht, so daß die Errichtung von Eigenerzeugungsanlagen des Bundes in Wien unterbleiben kann.

Die bezüglich einer Erweiterung des Rahmenvertrages eingeleiteten Verhandlungen konnten noch nicht abgeschlossen werden.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Sicherung der Energieversorgung bildet die Beschaffung der notwendigen Rohenergiemengen. Im Jahre 1973 wurden von den Wiener Stadtwerken 312.000 t Heizöl und mehr als 1 Milliarde Normalkubikmeter Erdgas verbraucht. Die gegenwärtig bezogenen Erdgasmengen stammen zu etwa 44 Prozent aus der heimischen Erzeugung und zu 56 Prozent aus Importen, vorwiegend aus der Sowjetunion. Da der Bedarf an Erdgas im Wiener Versorgungsgebiet wie auch in den anderen Bundesländern ständig steigt, die Inlandsförderung jedoch stagniert, muß mit einer wachsenden Importabhängigkeit der österreichischen Gaswirtschaft gerechnet werden. Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit ist es daher außerordentlich wichtig, eine *zweite Importbezugsquelle für Energie* zu erschließen. Der Austria Ferngas Gesellschaft mbH, der die Wiener Stadtwerke als Gesellschafter angehören, gelang es im Jahre 1973 nach langen und schwierigen Verhandlungen, die Basisverträge mit einem europäischen Käuferkonsortium, mit der algerischen staatlichen Gesellschaft *Sonatrach* und mit der *Monfalcone*-Transportgruppe, abzuschließen. Die Verträge bilden die Grundlage für die Lieferung von jährlich 2 Millionen Normalkubikmeter verflüssigten algerischen Erdgases während eines Zeitraumes von 20 Jahren an Österreich, die in den Jahren 1977/1978 einsetzen soll. Die Anlieferung nach Österreich wird über Monfalcone, bei Triest, als Anlande- und Wiedervergasungsplatz sowie eine internationale Erdgasleitung erfolgen, die über *Monfalcone—Gemona—Plöckenpaß—Kiefersfelden—München—Karlsruhe* verlaufen wird; diese Mokka benannte Leitung wird den Anschluß an das westeuropäische Erdgasverbundsystem herstellen. Da der Erdgasliefervertrag die Finanzierung der für die Erfüllung des Vertrages erforderlichen Anlagen sowie die Lieferung der hierfür notwendigen Materialien und Leistungen durch die Käuferländer vorsieht, ergibt sich zugleich für die österreichische Industrie die Möglichkeit, hochwertige Ausrüstungsgegenstände in größerem Umfang nach Algerien zu exportieren.

Die aus Algerien angelieferten Gasmengen werden den Mangel an Erdgas ab dem Jahre 1977 wesentlich vermindern. Trotzdem wird weiterhin versucht, zusätzlich zu den Lieferungen auf Grund des im Jahr 1968 abgeschlossenen Vertrages, von der Sowjetunion weiteres Erdgas zu erhalten.

Elektrizitätswerke

Die Elektrizitätswerke verzeichneten im Jahre 1973 im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme des Gesamtenergiebedarfes um 6,4 Prozent, also von 4,459.919 MWh auf 4,746.009 MWh; davon erzeugten die Dampfkraftwerke Simmering und Donaustadt 2,894.126 MWh und die eigenen Wasserkraftwerke 89.028 MWh. Die kalorische Eigenerzeugung war somit im Jahre 1973 um 1,7 Prozent geringer als im Vorjahr und um 2,8 Prozent größer als im Jahre 1971. Der gesamte Energiebedarf hat sich bis Ende des Jahres 1973, verglichen mit dem des Jahres 1937, um 816,8 Prozent erhöht.

Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 12. Dezember 1973 mit 908 MW, wobei eine Erhöhung um 60 MW gegenüber dem Jahre 1972 und eine solche um 128 MW gegenüber dem Jahre 1971 festzustellen ist; gegenüber dem Jahre 1937 betrug die Zunahme 761,2 MW. Der größte Tagesbedarf an elektrischer Energie seit Bestehen der Elektrizitätswerke wurde am 4. Dezember 1973 mit 19.930 MWh registriert. Die an die einzelnen Stromverbrauchergruppen abgegebenen Energiemengen sind aus dem Kapitel 9 „Energiewirtschaft“ des Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien zu entnehmen. Diese Leistungen wurden durch die größtmögliche Ausnützung der vorhandenen Anlagen sowie durch die Aufnahme des Betriebes im Blockkraftwerk 1 im Dampfkraftwerk Donaustadt im September 1973 ermöglicht.

Das Ausbauprogramm der Wiener Elektrizitätswerke wurde mit den anderen Landesgesellschaften und mit der Verbundgesellschaft so abgestimmt, daß eine sichere Versorgung des von den Wiener Elektrizitätswerken belieferten Gebietes gewährleistet ist. Hier wäre festzuhalten, daß die Annahmen der Wiener Kraftwerksplanung, daß die Abgabe von maximal 162 MW an elektrischer Energie an das Leitungsnetz vom Blockkraftwerk Donaustadt aus dem Jahre 1973 und der gleichen Energiemenge zur Zeit der Winterspitze vom Blockkraftwerk 2 dieses Elektrizitätswerkes ab 1975 unbedingt nötig ist, richtig waren. Ebenso zeigte sich, daß die Errichtung des 100 MW-Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau, das ab dem Jahre 1974 den Spitzenbedarf abdecken soll, eine Notwendigkeit darstellt. Nach dem Ausbauprogramm ist auch der Bau einer Blockanlage im Dampfkraftwerk Simmering und eine Beteiligung am zweiten österreichischen Kernkraftwerk vorgesehen. Die hierzu notwendigen Planungsarbeiten und Voruntersuchungen wurden bereits aufgenommen.

Am 18. Juni 1973 legte Vizebürgermeister *Bock* auf dem Gelände des Gaswerkes Leopoldau den Grundstein für das 100 MW-Gasturbinenkraftwerk und am 24. September nahm Bürgermeister *Graz* das erste Blockkraftwerk im neu errichteten Dampfkraftwerk Donaustadt in Betrieb.

Im Frühjahr 1973 wurde den Elektrizitätswerken der Entwurf des Einschuberberichtes des Rechnungshofes zur Stellungnahme übermittelt, der nach umfangreichen Ermittlungen und einem abschließenden Gespräch im Beisein des Präsidenten des Rechnungshofes zu Jahresende mit einem entsprechenden Bericht der Stadtverwaltung zugeleitet wurde.

Von den an den Betriebsanlagen vorgenommenen Ausbau- und Erhaltungsarbeiten sollen zunächst die wichtigsten im Dampfkraftwerk Simmering vorgenommenen Arbeiten erwähnt werden. Hier wurde in der 110 kV-Anlage die Halle der Gruppe J erweitert und der Einbau von Schaltgeräten in vier Schaltfelder vorgenommen. Diese Arbeiten sowie die Transformatorenfundamente der 110/10 kV-Transformatoren und der Petersenanlage konnten fertiggestellt werden. Um die Betriebssicherheit zu verbessern, wurden ferner die Blockkraftwerke 3 bis 5 mit getrennten 220 V-Eigenbedarfsbatterien ausgestattet, wobei die Arbeiten im Blockkraftwerk 5 noch im Jahre 1973 abgeschlossen werden konnten. In den Erdgasregelstationen 1 und 2 wurden anstelle von je einer nicht mehr reparablen Regelstraße eine neue Regelstraße für einen Durchsatz von 40.000 Nm³ pro Stunde in Betrieb genommen; außerdem wurden dort Erdgasschalldämpfer eingebaut, was die Lärmentwicklung wesentlich verminderte. Im Oktober 1973 konnte eine zweite Hochdruckerdgasanspeisung vom Gaswerk Simmering aus in Betrieb genommen und dadurch die Erdgasanspeisung des Kraftwerkes sicherer gestaltet werden. Ferner wurde beim Einlauf des Pumpenhauses 2 am Donaukanal eine mechanische Rechenreinigungsanlage installiert.

Der erhöhte Einsatz der Dampfkraftwerke im Winter 1972/73 wegen der geringeren hydraulischen Erzeugung infolge der vergangenen, extrem trockenen Jahre machte größere Revisionsarbeiten notwendig. So wurden im Werk 1 wie auch bei den Blockkraftwerken 3 bis 5 außer den normalen Revisionen auf Verlangen des Technischen Überwachungsvereins sämtliche Formstücke der Kessel und der Turbinen auf Risse untersucht; schadhafte Teile wurden ausgetauscht und die Risse ausgeschliffen und verschweißt. Beim Werk 4 und 5 waren die Luftvorwärmer so stark korrodiert, daß alle Heizplatten

am kalten Ende ausgewechselt werden mußten. Im Blockkraftwerk 5 wurde eine Generalrevision durchgeführt, wobei sich die Notwendigkeit ergab, den Hochdruckteil der Turbine durch eine holländische Firma überholen zu lassen. Wegen der in den anderen Blockkraftwerken ausgeführten umfangreichen Arbeiten konnte im Werk 6 nur eine Kurzrevision vorgenommen werden, die sich allerdings bis in den Dezember erstreckte.

Im Dampfkraftwerk Donaustadt wurden in den ersten Monaten des Jahres 1973 die Montagearbeiten für das Blockkraftwerk 1 zügig fortgesetzt. Die wichtigsten Phasen der Inbetriebsetzung waren die Beizung des Kesselsystems und der Hauptrohrleitungen Mitte März, an die sich bis Mitte April Kessel-druckproben und eine Rauchgasdichtprobe schlossen. Nachdem der Ausblasebetrieb am 4. Mai beendet war, konnten die Rohrleitungsprovisorien ausgebaut werden; sodann wurde die endgültige Betriebs-schaltung hergestellt. Die Montage der Dampfturbinenanlage und des Turbogenerators war bis Anfang Mai so weit fortgeschritten, daß das Spülen der Ölrohrleitungen abgeschlossen und am 23. Mai der Turbosatz in Gang gesetzt werden konnte. Bis Mitte dieses Monats war der Blockumspanner einschließlich der Generatorabteilung betriebsbereit montiert. Bei der Kühlwasserversorgungsanlage wurden die Montagezeiten für die Reinigungsanlagen, die Hauptkühlwasserpumpen und die Rohrleitungen durch besondere Beschleunigungsmaßnahmen um die Hälfte herabgesetzt, so daß bereits Ende Mai die erste Kühlwasserstraße in Betrieb genommen werden konnte. Die Automatik-, Meß- und Regelanlagen waren bis 21. Juni so weit vervollständigt, daß der Turbosatz hochgefahren werden konnte und nach Vor-nahme der elektrischen Schutzeinstellungen am 22. Juni das erste Mal ans Netz geschaltet wurde. Nach Durchführung zahlreicher Blockstarts zur Inbetriebnahme der Automatanlage wurde im August der Probetrieb aufgenommen. Ab Anfang September war das Blockkraftwerk für den Last-verteilereinsatz verfügbar.

Beim Blockkraftwerk 2 des Dampfkraftwerkes Donaustadt war bis Jahresende das Schalthaus im Rohbau fertiggestellt, die Maschinenhalle bis zur Kranbahn betonierte und das Kesselhaus geschlossen.

Im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau konnten die erforderlichen bau- und energierechtlichen Bewilligungen erlangt werden; mit den Bauarbeiten wurde im Mai 1973 begonnen. Die Gleitbauarbeiten für die Maschinenhalle und das Luftansaugbauwerk wurden abgeschlossen. Auch die Decken im Luft-ansaugbauwerk wurden fertig betoniert. Mit dem Versetzen der Dach- und Fassadenplatten wurde be-gonnen. Der Maschinenhauskran wurde angeliefert und auf die Kranbahn gehoben.

Am 16. Juli 1973 wurde das neue 110/10 kV-Umspann- und Unterwerk Handelskai mit sämtlichen Schaltanlagen und vorläufig zwei Regelleistungsumspannern für je 40 MVA einschließlich der Fernsteuerung in Betrieb genommen. Infolgedessen kann nach Umlegung der im Unterwerk Engerth-straße befindlichen Kabel letzteres im Frühjahr 1974 stillgelegt und aufgelassen werden. Im Umspann-werk Leopoldau wurde im Jahre 1973 die 110 kV-Innenraumschaltanlage mit vier Regelumspannern für 110/10 kV beziehungsweise 110/20 kV in Betrieb genommen. Infolge der direkten Abspaltung von 110 kV auf 10 kV und 20 kV konnte die 30 kV-Schaltanlage aufgelassen werden. Dieser Schaltraum wird für die Erweiterung der 20 kV-Anlage verwendet werden. Die Arbeiten an der Schaltstation Ebreichsdorf wurden termingemäß abgeschlossen, so daß die Station im November 1973 in Betrieb genommen werden konnte. Der Ausbau des neuen Umspannwerkes Schmelz, mit dessen erster Stufe im Juni 1972 begonnen wurde, wurde im Rohbau fertiggestellt. Die Elektromontage in der 110 kV- und 10 kV-Anlage konnte im Oktober 1973 beginnen. Auf dem Areal des alten Umspannwerkes Penzing wurden im Laufe des Jahres 1973 ebenfalls die Bauarbeiten für eine 110 kV-Innenraumschaltanlage aufgenommen. Die Planungsarbeiten für die Errichtung einer Schwefelhexafluorid-(SF₆-)Schaltanlage einschließlich der Verstärkung der 10 kV-Anlage im Unterwerk Heiligenstadt konnten abgeschlossen werden; mit den Bauarbeiten dürfte im Sommer 1974 begonnen werden. Ferner wurden im Unterwerk Klosterneuburg ein 30/10 kV-Regelumspanner und im Wasserkraftwerk Opponitz zwei 20/5 kV-Um-spanner in Betrieb genommen. Außerdem wurden in verschiedenen Umspannwerken neue Hochspan-nungsschaltfelder ausgebaut und vorhandene Schaltfelder verstärkt.

Auch für die Energieversorgung der Straßen- und Stadtbahn mußten erhebliche Investitionen vorgenommen werden. Unter anderem wurde in den Gleichrichterstützpunkten Dresdner Straße, Rothneusiedl und St. Veit sowie für den U-Bahn-Probetrieb im Stützpunkt Taub-stummengasse der Betrieb aufgenommen.

Die Planungsarbeiten für den U-Bahn-Bau wurden in verstärktem Maße fortgesetzt, die Planung der Fernsteuerwarte am Karlsplatz wurde gemeinsam mit den Wiener Verkehrsbetrieben durchgeführt. Die Arbeiten für die elektrischen Ausrüstungen der Unterwerke Reumannplatz, Südtiroler Platz, Wasserleitungswiese und Hauptzollamt wurden zur Anbotstellung ausgeschrieben. Die Elektromontagen im Unterwerk Karlsplatz werden bereits im Mai 1974 beginnen.

Von den Arbeiten an den Hochspannungsnetzen wurde im 110 kV-Kabelnetz die Doppel-kabelverbindung vom Umspannwerk Süd zum Umspannwerk Eisenstadtplatz fertiggestellt. Mit den

Arbeiten an den Kabelstrecken zwischen den Umspannwerken Nord und Leopoldau sowie zwischen dem Umspannwerk Leopoldau und dem Aufstellungsort der Gasturbine wurde begonnen. Außerdem wurden Kabellegungsarbeiten zwischen den Umspannwerken Kaiser-Ebersdorf und Südost, bedingt durch Straßenbauarbeiten im Bereich der Simmeringer Hauptstraße, aufgenommen. Auch mit den Kabelverlegungsarbeiten für die neuen 110 kV-Verbindungen zwischen den Umspannwerken Schmelz und Süd sowie Schmelz und Penzing wurde begonnen. Dabei wurden insgesamt 78,5 km Einleiterölkabel verlegt.

Von den umfangreichen Arbeiten in den Mittelspannungsnetzen sind zunächst die Kabelarbeiten anlässlich der Inbetriebnahme der Unterwerke Handelskai und Leopoldau sowie des Dampfkraftwerkes Donaustadt zu nennen. 10 kV- und 20 kV-Kabel wurden auch zur Netzverstärkung im Bereich der Umspannwerke Liesing, Nord und Leopoldau verlegt. Weitere Kabellegungen waren zur Aufschließung neuer Betriebsgebiete, vor allem in den Bezirken 10, 11, 21, 22 und 23 notwendig. Im Bereich der WIG 1974 wurden die 20 kV-Kabellegungen abgeschlossen.

In den 20 kV-Freileitungsnetzen wurden zur Stromversorgung neuer Abnehmer sowie zur Verbesserung bestehender Netze im Raume Groß-Enzersdorf, Gerasdorf, Breitenfurt, Sulz, Maria Lanzendorf, Fischamend, Baden, Ebenfurth und Göstling neue Freileitungsstrecken errichtet. Außerdem wurden 20 km Leiterseile ausgetauscht und verstärkt.

Die Umschaltung von 5 kV auf 10 kV im Bereich des Umspannwerkes Ottakring wurde im Herbst 1973 beendet. Im Versorgungsnetz der Umspannwerke Handelskai und Favoriten wurde mit derartigen Umschaltarbeiten begonnen. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten mußten 436 Netzstationen geändert und umgeschaltet werden.

In den Niederspannungsnetzen der Wiener Elektrizitätswerke wurden insgesamt 328,5 km Kabel verlegt und 152,9 km Niederspannungsfreileitungen, vor allem in den Ortsnetzen, errichtet oder übernommen und verstärkt.

777 Hausanschlüsse wurden von 3×220 V auf $3 \times 380/220$ V umgeschaltet. Diese Umschaltung umfaßte 5.260 Stromabnehmer und einen Anschlußwert von 23.917 kW. Am 31. Dezember 1973 waren nur noch zirka 1.400 Häuser und rund 70 Freileitungsanschlüsse umzuschalten.

Für die Traktionsstromversorgung der Verkehrsbetriebe mußten im Bereich der Unterwerke Handelskai und Schmelz umfangreiche Verlegungen von Bahnkabeln vorgenommen werden. Weitere derartige Kabelstrecken wurden anlässlich der Errichtung der Gleichrichterstation in der Zentralwerkstätte Simmering der Verkehrsbetriebe sowie für die Stützpunkte Laurenzgasse und Rothneusiedl gebaut. Insgesamt wurden 77 km Einleitergleichstromkabel verlegt.

Beim U-Bahn-Bau ergaben sich gehäufte Kabelumlegungsarbeiten in den Bauabschnitten Nestroyplatz—Praterstern und Schlickplatz—Maria Theresien-Straße—Friedrich Schmidt-Platz. Die Transformatorstation für die U-Bahn-Haltestelle „Taubstummengasse“ wurde im September 1973 in Betrieb genommen.

In den Fernsprech- und Signalkabelnetzen mußten, außer in den 110 kV-Kabelstrecken, umfangreiche Signalkabellegungen vorgenommen werden, unter anderem auch im Bereich Maria Lanzendorf, Himberg, Moosbrunn und Wiener Neudorf. Mit dem Verlegen der Signalkabel zum Gasturbinenkraftwerk Leopoldau wurde im Sommer 1973 begonnen. Insgesamt wurden im Jahre 1973 rund 81,3 km Fernsprech- und Signalkabel verlegt.

Am Ende des Jahres 1973 bestanden 2.943 Fernsprechstellen. Für den Betriebs- und Störungsdienst des gesamten von den Elektrizitätswerken betreuten Versorgungsnetzes standen 63 mit Funk ausgerüstete Fahrzeuge sowie 44 tragbare Funkgeräte zur Verfügung.

Im gesamten Versorgungsbereich der Elektrizitätswerke standen zu Jahresende 6.658 Transformatorstationen mit 7.997 Netztransformatoren und einer Übertragungsleistung von 2.987.735 kVA in Betrieb. Es erhöhte sich somit gegenüber dem Vorjahr die Anzahl der Transformatorstationen um 226, die Leistung der installierten Transformatoren stieg um 304.784 kVA. Im Laufe des Jahres 1973 wurden 436 Stationen von 5 kV auf 10 kV umgeschaltet.

Die Werkstätte der Abteilung für Netzspanneranlagen baute 900 Schaltfelder für 10 kV, 283 Schaltfelder für 20 kV sowie 2.028 Niederspannungsschaltfelder.

In der öffentlichen Beleuchtung wurden im Jahre 1973 insgesamt 10.125 Lampen in Betrieb genommen. Im Wiener Stadtgebiet waren zu Jahresende einschließlich der Verkehrsleuchten 222.116 Lampen mit einem Anschlußwert von 14.639 kW angeschlossen. 76.443 ausgebrannte Lampen mußten ausgetauscht werden.

Für die Fehlerortung und bei der Vorbereitung von Umschaltungen wurden 2.580 Kabelmessungen durchgeführt. Weitere 530 Messungen waren an verschiedenen elektrischen Anlagen und Geräten vorzunehmen. In den Prüffeldern der Herstellerfirmen wurden im Jahre 1973 rund 1.000 km Kabel und Leitungen nach Vornahme der entsprechenden Prüfungen abgenommen.

Von der Relaisstelle wurden neben den laufenden Instandhaltungsarbeiten und Überprüfungen der Schutzeinrichtungen neue Anlagen, so vor allem im Dampfkraftwerk Donaustadt und im Umspannwerk Handelskai, in Betrieb genommen. Zu den im Jahre 1973 in Betrieb gesetzten Anlagen zählen ferner die elektronischen Sammelschienen-Schutzeinrichtungen im Umspannwerk Süd und in der Schaltanlage des Dampfkraftwerkes Simmering.

Anlässlich des weiteren Ausbaus der Tonfrequenzrundsteueranlagen wurden in den Umspannwerken Liesing, Wiener Neudorf und Traiskirchen neue 183 Hz-Sendeanlagen sowie im Umspannwerk Handelskai und im Dampfkraftwerk Simmering Sendeanlagen für 1.050 Hz in Betrieb gestellt. Im Lastverteiler wurde eine elektronische Steuereinrichtung für die Tonfrequenzsendeanlagen aufgestellt.

Die Netzplanung befaßte sich wegen der bestehenden Zuwachstendenzen sehr intensiv mit dem möglichen weiteren Ausbau der Netze. Umfangreiche Berechnungen zeigten, daß es unumgänglich notwendig ist, dem bestehenden 110 kV-Netz eine höhere Spannungsebene zu überlagern. Im Zusammenhang damit wurden die Probleme der Energieübertragung über fremdgekühlte Hochspannungskabel untersucht. Diese sehr arbeitsintensiven Untersuchungen wurden neben den üblichen, schon zur Routine gewordenen Lastfluß- und Kurzschlußberechnungen durchgeführt und werden in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Im Jahre 1973 war der Kundendienst mit einer Fülle von technischen und kaufmännischen Problemen befaßt. Im Versorgungsgebiet der Wiener Elektrizitätswerke waren zum Jahresende 1.242.679 Zähler angeschlossen, um 9.430 Stück mehr als im Vorjahr. 25.178 Anlagen wurden im Laufe des Jahres neu angeschlossen; bei 15.747 aufgelassenen Anlagen mußten die Zähler abmontiert werden.

Die Zahl der Anfragen bezüglich einer Genehmigung von Nachtspeicherheizanlagen ging zurück; insgesamt langten ca. 9.000 Anfragekarten ein. Trotz der schwierigen Situation auf dem Verteilungssektor konnten 6.015 Nachtspeicherheizgeräte mit einem Anschlußwert von 32.500 kW angeschlossen werden.

Um den technischen Kundendienst zu verbessern, wurde eine Organisationsänderung in der Abteilung für „Kleinabnehmer und Zählerdokumentation“ vorgenommen und eine zusätzliche Abnehmergruppe geschaffen. Die Kunden werden jetzt vom Umtauschtermin eines Zählers wegen Nacheichung mit einer Verständigungskarte unterrichtet; dadurch wurden von den den Umtausch ausführenden Organen nur etwa 10 Prozent der Anlagen versperrt angetroffen. Es war dadurch im Oktober 1973 erstmals möglich, mehr als 10.000 Zähler zur Nacheichung umzutauschen; die Zahl der im ganzen Jahr umgetauschten Zähler erreichte 121.582 Stück. Im 23. Wiener Gemeindebezirk wurde mit dem Austausch der Schaltuhren gegen Rundsteuerempfänger begonnen.

In der Zählerwerkstätte wurden im Jahre 1973 insgesamt 60.600 Zähler repariert und 12.081 Zähler umgebaut. 15.365 Zähler wurden zur Reparatur an einschlägige Firmen weitergegeben. Zur Schulung des Personals wurde damit begonnen, ein kleines Zählermuseum zu errichten.

Die Versorgung der Stromabnehmer in den außerhalb Wiens liegenden Ortsnetzen wurde gleichfalls verbessert, und zwar wurden zahlreiche schwache Freileitungsabschnitte durch neu verlegte Kabel ersetzt.

Auf dem kaufmännischen Sektor nahm die Zahl der zu bearbeitenden Rechnungen, Anträge und sonstigen Geschäftsfälle infolge der regen Investitionstätigkeit stark zu.

Die Einführung der Mehrwertsteuer mit 1. Jänner 1973 brachte eine Fülle zusätzlicher Arbeiten mit sich. Besonders die Übergangsbestimmungen für die Stromabrechnung, die Umsatzsteuerbehandlung, aber auch die Bearbeitung der Teilzahlungsansuchen, die Behandlung der Baukostenzuschüsse, die Entlastung des Vorratsvermögens sowie die steuerliche Behandlung der Nebenleistungen erforderten umfangreiche Mehrarbeiten.

Zusätzliche Probleme ergaben sich durch die nach dem Preisbestimmungsgesetz 1972 erforderliche Entlastung der Strompreise von der kumulierten Umsatzsteuer in der Höhe von 1,4 Prozent. Darüber hinaus mußte bei den Haushaltsgrundpreistarifen für die viermonatige Übergangszeit im Interesse der Preisstabilisierung eine Entlastung von 7,4 Prozent vorgenommen werden. Manche Kunden wünschten eine Zwischenablesung, um aus der Abrechnung den Verbrauch entnehmen zu können. Mit Ausnahme der Abrechnung für die Sonderabnehmer waren für 1.147.000 Tarifabnehmeranlagen der Elektrizitätswerke und 745.000 Anlagen der Gaswerke Jahresabrechnungen vorzunehmen.

Noch während der Vorarbeiten für die Erstellung der Wirtschaftspläne mußten die Unterlagen für den neuen Strompreisantrag erarbeitet werden.

Es handelte sich hierbei um zusätzliche, äußerst zeitraubende Arbeiten, die großer Genauigkeit bedurften.

Das integrierte Kundeninformations- und Abrechnungssystem wurde im Jahre 1973 fertiggestellt. Außerdem arbeitete ein hierfür bestellter Ausschuß an einer Änderung der Verbrauchsabrechnung für Gas und Strom.

Im Jahre 1973 haben von den 3.872 Bediensteten 131 Unfälle erlitten; von diesen waren 102 leicht und 28 schwer, es war aber auch 1 Todesfall zu beklagen. Die Unfälle verursachten 2.508 Krankheitstage. 27 Unfälle ereigneten sich auf dem Wege von der oder zur Dienststelle, 7 waren Elektrounfälle, und von den 28 schweren Unfällen geschahen 21 im Betrieb. 7 der schweren Unfälle waren Wegunfälle. Von den insgesamt 27 Wegunfällen wurden 5 durch einspurige Kraftfahrzeuge verursacht; auch der tödliche Unfall war ein Sturz mit einem Moped.

Die vom sicherheitstechnischen Dienst der Elektrizitätswerke veranstalteten Vorträge und Filme dienten ebenso der Unfallverhütung wie die aufgelegten Aufklärungsschriften. Gemeinsam mit dem betriebsärztlichen Dienst, dem Unfallverhütungsdienst der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und dem Arbeiter-Samariterbund wurden auch wieder Erste Hilfe-Kurse abgehalten, die bis Jahresende von 1.184 Bediensteten besucht wurden; über den Kursbesuch wurden Bestätigungen ausgestellt.

Im Jahre 1973 wurde das neue Kraftwerk Donaustadt in die innerbetriebliche Brandschutzorganisation einbezogen. Die Schulung des Personals wurde fortgesetzt. Es wurden auch praktische Feuerlöschübungen abgehalten, bei denen vor allem die Handhabung der Atemschutzgeräte geübt wurde. Brände waren in den Anlagen der Wiener Elektrizitätswerke nicht zu verzeichnen. Alle Objekte und Geräte wurden im Laufe des Jahres mehrmals, teilweise gemeinsam mit der Feuerwehr der Stadt Wien und dem Arbeitsinspektorat auf Feuersicherheit überprüft und in Ordnung befunden.

Das chemische Laboratorium führte als staatlich autorisierte Prüfstelle für Isolieröle alle einschlägigen Untersuchungen für den Bedarf der werkseigenen Anlagen, aber auch solche für fremde Firmen durch, insgesamt 7.717 Analysen im Jahre 1973.

Auch für die Verkehrsbetriebe wurden sämtliche Schmier- und Treibstoffe auf ihre Eignung geprüft. Die Tätigkeit in den einzelnen Fachausschüssen wurde fortgesetzt.

Das physikalische Laboratorium, ebenfalls staatlich autorisierte Prüfstelle und außerdem Prüfstelle des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs, nahm 3.850 Betriebsmittelprüfungen für die Wiener Elektrizitätswerke und 850 weitere für fremde Firmen vor, prüfte 340 Verbrauchsgeräte, kam 180 Prüfaufträgen für Installationsmaterial nach und führte 900 Prüfungen von Glühlampen, Leuchten sowie von Zubehör durch. Außerdem gab es im Jahre 1973 insgesamt 6.466 Prüfzeichen und 1.773 Prüfzeichenbescheinigungen aus.

Betriebsmittelprüfungen wurden sowohl für die Elektrizitätswerke als auch für fremde Firmen durchgeführt; die Prüfungen an Elektrogeräten, Installationsmaterial und Leuchten dienten der Erlangung des Österreichischen Prüf- und Qualitätszeichens.

Die Mitarbeit in verschiedenen technischen Ausschüssen des Österreichischen Verbandes für Elektrotechnik und des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs wurde weitergeführt; auch die Zusammenarbeit mit den Prüfstellen des In- und Auslandes wurde gepflegt.

Der Kraftwagenbetrieb verzeichnete, nicht zuletzt infolge seines Einsatzes beim Bau des Kraftwerkes Donaustadt und des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau sowie auf den U-Bahn-Baustellen, höhere Fahrleistungen als im Jahre 1972. Insgesamt wurden im Jahre 1973 mit werkseigenen Fahrzeugen 3.599.891 km, mit werksfremden Fahrzeugen 19.129 km und mit beamteneigenen Fahrzeugen 582.589 km gefahren.

Den sichtbarsten Erfolg hatte die Öffentlichkeitsarbeit in der Ausstellungs- und Beratungsstelle Mariahilf, die im Jahre 1973 an 244 Besuchstagen von 19.053 Interessenten aufgesucht wurde. Das Interesse der Besucher galt zu 15 Prozent Elektroheizungen, zu 17 Prozent Elektroherden, zu 16 Prozent Waschmaschinen, zu 11 Prozent Heißwasserspeichern, zu 12 Prozent Kühlgeräten, zu 8 Prozent Geschirrspül- und Bügelautomaten, zu 12 Prozent Kleingeräten und zu 9 Prozent verschiedenen Belangen.

Es wurden zahlreiche Vorführungen an Elektrogeräten, die Möglichkeit, die Geräte selbst auszubastern, sowie Vorträge mit Lichtbildern und Filmvorführungen geboten.

Wie immer waren die Elektrizitätswerke auf den beiden Wiener Messen vertreten. Von Bedeutung für die eigene Entwicklung sowie wegen der zur Verfügung gestellten Erfahrungen war die Mitarbeit in verschiedenen Fachausschüssen, Vereinigungen und Körperschaften.

Anlässlich der Inbetriebnahme des neuen Dampfkraftwerkes Donaustadt wurde eine technische Broschüre aufgelegt.

An dem von der Stadt Wien veranstalteten „Tag der offenen Tür“ wurden in den Dampfkraftwerken Simmering und Donaustadt sowie im Elektropathologischen Museum Führungen mit einer Beteiligung von ca. 1.000 Besuchern durchgeführt.

Gaswerke

Im Jahre 1973 wurden zur Erzeugung von Stadtgas 69,539.000 m³ Erdgas-Luftspaltgas, 122,046.000 m³ Aeromethan und 389,478.400 m³ Wasserdampfspaltgas produziert und 200,105.100 m³ Erdgas direkt beigemischt; die gesamte Stadtgaserzeugung betrug daher 781,168.500 m³, das sind um 76,483.900 m³ oder 8,92 Prozent weniger als im Jahre 1972.

Von den beiden Werken Simmering und Leopoldau wurden für die Stadtgaserzeugung 377,211.008 Normalkubikmeter Erdgas bezogen und zur direkten Beimischung, zur Luft- und Wasserdampfspaltgas- sowie zur Aeromethanerzeugung, aber auch zur Kesselunterfeuerung verwendet.

An der Stadtgaserzeugung war das Werk Simmering zu 43,19 Prozent und das Werk Leopoldau zu 56,81 Prozent beteiligt. Wird die Behälterdifferenz von -246.000 m³ berücksichtigt, dann haben die Werke insgesamt 781,414.500 m³ Stadtgas abgegeben. Diese Menge ist um 76,354.900 m³ (oder 8,90 Prozent) kleiner als die entsprechende Menge des Vorjahres.

Das Stadtgas besteht aus Spaltgasen und dem Zusatz von reinem Erdgas. In den Spaltanlagen wurde auch Naphtha (Benzin) als Rohstoff verwendet. Der Kohlenmonoxyd Gehalt des Stadtgases betrug beim Werk Simmering 2,1 Prozent und beim Werk Leopoldau 1,5 Prozent. 754,957.848 m³ Stadtgas wurden verkauft und 1,451.652 m³ für den eigenen Bedarf außerhalb des Erzeugungsbereiches verwendet; der Stadtgasmeßverlust betrug 25,005.000 m³, das sind 3,2 Prozent der von den Werken abgegebenen Stadtgasmenge. Die nutzbar abgegebene Stadtgasmenge war im Jahre 1973 um 73,910.900 m³ oder 8,90 Prozent kleiner als im Jahre 1972.

Die Umstellung der Stadtgasversorgung auf reine Erdgasversorgung bringt auf Grund der jährlichen Umstellungsleistung ein ständiges Absinken der Stadtgasabgabe, aber zugleich eine Zunahme bei der Erdgas-Direktabgabe an die Tarifabnehmer mit sich. Um die Vergleichbarkeit der Gasabgaben zu gewährleisten, wurde die Erdgas-Direktabgabe an Tarifabnehmer auf Grund des Wärmewertes — Erdgas/Stadtgas — auf Stadtgas umgerechnet. Danach ergibt sich ein Ansteigen der an die Tarifabnehmer abgegebenen Gasmenge von 994,666.00 m³ im Jahre 1972 auf 1.042,972.700 m³.

Die Erdgasabgabe an die Tarifabnehmer belief sich im Jahre 1973 auf 119,117.683 Normalkubikmeter; diese Erdgasmenge entspricht, nach ihrem Wärmewert umgerechnet, einer Stadtgasmenge von 261,558.200 m³ und mit diesem Wert wurde sie auch in der gesamten an Tarifabnehmer abgegebenen Gasmenge berücksichtigt. Je Tarifabnehmer wurde eine durchschnittliche Gasabgabe von 1.330 m³ errechnet.

Die abgegebenen Gasmengen erreichten im Jänner 1973 einen Spitzenwert von 147,674.900 m³, der geringste Verbrauch war im Monat August mit 34,428.100 m³ zu verzeichnen.

Die Umstellung des Versorgungsnetzes der Wiener Stadtwerke — Gaswerke von Stadtgas- auf Erdgasversorgung wurde das ganze Jahr über fortgesetzt. Umgestellt wurden Teile des 12. und 13. Wiener Gemeindebezirks. Die Umstellungen im 10. und 11. Wiener Gemeindebezirk sowie in den an das Versorgungsnetz der Wiener Stadtwerke — Gaswerke angeschlossenen niederösterreichischen Gemeinden Schwechat, Mannswörth, Rannersdorf und Kledering wurden beendet. Diese letztgenannten Gebiete sind damit zur Gänze von Stadtgas- auf Erdgasbezug umgestellt.

Die noch im Jahre 1972 begonnene Phase 3 der Umstellung der Geräte in den Haushalten für die Erdgasverwendung wurde mit der Umschaltung der Regleranlagen Schlögelgasse, Rosenhügel und SAT ab 2. Jänner fortgesetzt und am 10. März 1973 abgeschlossen. Damit war der Erdgashochdruckrohrstrang XIII, der das bisher in den Phasen 2 und 3 umgestellte südliche Versorgungsgebiet versorgte, an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Es war daher notwendig, den Hochdruckrohrstrang 3 zusätzlich zur Erdgasversorgung heranzuziehen, um die Umstellung der Phase 4, die Teile des 10., 11. und des 23. Wiener Gemeindebezirks sowie die niederösterreichische Gemeinde Schwechat umfaßt, fortsetzen zu können. Mit der Umstellung der Rayons 125 (23. Wiener Gemeindebezirk, Inzersdorf) wurde am 12. März begonnen. Mit dem Beginn der Umstellung des Rayons 126 (10. Wiener Gemeindebezirk) am 19. März konnte die Umstellungsleistung von bisher 2.800 Geräten auf 3.800 Geräte je Woche gesteigert werden. Um eine derart hohe Steigerungsrate zu erreichen, übernahmen es die Wiener Stadtwerke — Gaswerke, mit einem eigens hierfür geschaffenen Montagetrupp wöchentlich ca. 500 neue Geräte selbst anzuschließen. Dieser Montagetrupp schloß im Jahre 1973 insgesamt 10.264 Gasherde, 5227 Warmwasserapparate und 538 Heizgeräte an die Versorgungsleitungen an. Der durch die erhöhte Umstellungsleistung bedingte stärkere Parteienverkehr konnte nur dadurch bewältigt werden, weil der Informationsbus und der Reklamationswagen den Anforderungen entsprechend umgebaut wurden.

Die bereits Ende des Jahres 1972 in die Wege geleitete Änderung der Organisation der Umstellung der Gasgeräte in den Haushalten auf den Erdgasbezug, die infolge der erhöhten Umstellungsleistung notwendig geworden war, wurde mit der Inbetriebnahme des Datenerfassungsgerätes Olivetti DE 523

abgeschlossen. Die Ergebnisse der Erhebungen werden nunmehr auf diesem Gerät erfaßt und die gewonnenen Daten sodann mittels einer angeschlossenen Magnetbandstation an das Rechenzentrum übermittelt. Ende des Jahres 1973 wurde ein zweites Datenerfassungsgerät mit angeschlossenen Schnelldrucker in Betrieb genommen. Die immer wieder anfallenden Kundenverständigungen können damit rasch hergestellt werden.

Am 6. Juni begann mit dem Rayon 137 die Umschaltung der Geräte in den Gemeinden Schwechat, Mannswörth, Rannersdorf und Neukettenhof. Von den insgesamt 3.252 in diesem niederösterreichischen Gebiet auf den Erdgasbezug umgestellten Haushalten waren 2,3 Prozent Sozialfälle. Diese wurden überwiegend mit Altgeräten ausgestattet, die für die Kunden kostenlos auf Erdgas umgestellt worden waren.

Anschließend wurden der gesamte 11. Wiener Gemeindebezirk sowie der restliche Teil des 10. Bezirks auf den Erdgasbezug umgestellt, wobei die wöchentliche Umstelleistung ab dem Rayon 156 (10. Wiener Gemeindebezirk) auf ca. 4.200 Geräte gesteigert werden konnte.

Bei Annahme einer hochgerechneten durchschnittlichen Gerätedichte ergibt sich für das Jahr 1973 eine Umstellrate von ca. 2.250 Haushalten je Woche. Die größte Wochenumstellung betrug 2.657 Haushalte und 4.647 Geräte. Insgesamt wurden im Jahre 1973 die Rayone 115 bis 165 mit insgesamt 87.425 Haushalten und 165.269 verwendeten Gasgeräten auf den Erdgasbezug umgestellt. Die durchschnittliche Gerätedichte je Haushalt betrug 1,89 (1972: 2,21).

Die folgende Aufstellung zeigt die Aufteilung der umgestellten Gasgeräte und der angeschlossenen neuen Geräte in den auf Erdgasbezug umgestellten Haushalten und gibt einen Vergleich der Umstelleistung in den Jahren 1972 und 1973:

Art der Geräte	Zahl der umgestellten und neuen Geräte in den Jahren	
	1972	1973
Kochgeräte	57.693	86.285
Warmwassergeräte	49.563	56.728
Heizgeräte	19.570	22.125
Sonstige Geräte	372	131
Summe der Geräte	127.198	165.269

Auf Grund der Umrechnungsformel: hochgerechnete Umstelleistung = erbrachte Umstelleistung \times vorhandene Anschlußdichte $\frac{\text{durchschnittliche Anschlußdichte}}{\text{erbrachte Umstelleistung}}$, ergibt sich für das Jahr 1973 unter Berücksichtigung der 3.018 umgestellten Anlagen in den Gewerbe- und Industriebetrieben eine errechnete Umstelleistung von 91.397 Anlagen.

Bei den Erhebungen in den auf den Erdgasbezug umzustellenden Haushalten wurden im Jahre 1973 insgesamt 117.019 Geräte als umbauwürdig und 48.250 Geräte als nicht umbauwürdig bezeichnet. Die Umtauschaktion für alte Geräte wurde fortgesetzt, wobei sich weiterhin ein Trend zum freiwilligen Tausch auch noch umbauwürdiger Warmwassergeräte zeigte. Durch die *Geräteumtauschaktion* „Erdgas für Wien“ wurden im Jahre 1973 insgesamt 57.980 Geräte verkauft und angeschlossen, und zwar 34.970 Kochgeräte, 19.933 Warmwassergeräte und 3.077 Heizgeräte.

Die Durchführung der Umstellung der Gasanlagen und Geräte in den Gewerbe- und Industriebetrieben sowie in den öffentlichen Anlagen und Hauswaschküchen auf Erdgasverwendung wurde für die im Jahre 1973 hierfür vorgesehenen 51 Rayone gemeinsam mit der mit der Umstellung beauftragten Firma vorbereitet; außerdem wurde die Umstellung selbst durch die zuständige Gaswerksabteilung geleitet und überprüft.

Im Gegensatz zu den Haushalten konnten für die gewerblichen und industriellen Gasfeuerstätten die organisatorischen Vorarbeiten nicht über die elektronische Datenverarbeitungsanlage abgewickelt werden. Infolge der Beteiligung der Wiener Stadtwerke — Gaswerke an den Umstellungskosten mußten aber für die Feststellung der Höhe des Kostenzuschusses die Geräte genau kollaudiert werden. Um spätere Schadenersatzforderungen der Betriebe auszuschließen, mußte bei größeren Anlagen auch eine Wirkungsgradüberprüfung sowie eine generelle Leistungsfeststellung vorgenommen werden. Außerdem war für die Festlegung des anzuerkennenden Rechnungsbetrages eine strenge Trennung zwischen umstellbedingter Arbeit und technischen Verbesserungen notwendig.

Im Berichtsjahr wurden 3.018 gewerbliche und industrielle Anlagen mit 10.963 Gasgeräten und Gasfeuerstätten umgestellt. Es wurden damit im Jahre 1973 um 30,9 Prozent mehr Anlagen als im Vorjahr auf Erdgasverwendung umgestellt. Im Jahre 1973 erstreckte sich die Umstellung hauptsächlich auf die stark industrialisierten Wiener Gemeindebezirke 10, 11 und 12 sowie auf das Gebiet der

niederösterreichischen Gemeinde Schwechat. Damit ergab sich, daß in diesem Jahre zwar erheblich mehr Betriebe umgestellt werden mußten als im Jahre 1972, doch waren diese wesentlich kleiner als die im Vorjahr umgestellten großen Gewerbe- und Industriebetriebe in den Wiener Gemeindebezirken 21, 22 und 23.

Im Jahre 1973 wurden ferner 645 städtische Hauswaschküchen mit 969 Gasgeräten auf Erdgasverwendung umgestellt und überprüft.

Die Rohrnetzberrechnung wurde im Jahre 1973 mit den Vermessungsarbeiten am Rohrnetz Wien-Süd, also in den Gebieten südlich der Westbahn, fortgesetzt; diese Gebiete tragen die Bezeichnung Meßgebiet B und C. Darüber hinaus wurde das erste Teilgebiet nördlich der Westbahn (Meßgebiet E) ebenfalls vermessen. Außerdem wurden die Grundeinstellungen der Meßgebiete A und B errechnet, und auch mit der Aufarbeitung der Vermessungsdaten des Meßgebietes D wurde begonnen.

Das Meßgebiet A umfaßt den ganzen 13. Wiener Gemeindebezirk sowie Teile der Bezirke 12 und 23 mit einer Rohrnetzlänge von 250 km und 8 Reglerstationen sowie mit etwa 50.000 Gaskunden. Als Meßgebiet B werden der ganze 10. Wiener Gemeindebezirk sowie Teile des 12. Bezirks mit einer Rohrnetzlänge von ca. 130 km und 6 Reglerstationen sowie mit ca. 100.000 Gaskunden angesprochen. Das Meßgebiet D erfaßt Teile des 12., 14. und 15. Wiener Gemeindebezirks; es wird von 5 Reglerstationen versorgt und hat ungefähr 50.000 Gaskunden. Im Meßgebiet E sind der ganze 16. Wiener Gemeindebezirk sowie Teile des 14., 15. und 17. Bezirks zusammengefaßt; seine Versorgung erfolgt von 9 Reglerstationen aus. Die Rohrnetzlänge in diesem Gebiet wurde noch nicht errechnet.

Im Hauptrohrnetz für Stadtgas wurden im Jahre 1973 5.563 m neue Hauptrohrleitungen verlegt; davon waren 2.652 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen sowie 2.911 m Niederdruckrohrleitungen. Größere neue Hauptrohrverlegungen wurden im 10. Wiener Gemeindebezirk, in den Gassen 14 und 15 bei der Laaer Berg-Straße sowie in der Bleigasse, im 11. Bezirk, und zwar in der Mühlangersiedlung, im Fußweg A, aber auch in 14, Minorogasse, durchgeführt. In den Randgemeinden von Wien und in den von den Wiener Stadtwerken — Gaswerken versorgten Gemeinden Niederösterreichs wurde das Hauptrohrnetz weiter ausgebaut. Größere neue Hauptrohrverlegungen in niederösterreichischen Gemeinden wurden in Klosterneuburg, in der Wiener Straße, zur Versorgung des neuen Reglers Kierling, und in der Käferkreuzgasse, in Gschwendt, in der Eichberggasse, sowie in den Kierlinger Spandelgründen vorgenommen; außerdem wurde in Schwechat, in der Steggasse—Brauhausgasse—Wiener Straße, eine Mitteldruckrohrleitung zur Versorgung des neuen Reglers Schwechat verlegt.

Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen mußten im Jahre 1973 insgesamt 10.045 m Rohrleitungen ausgewechselt werden; davon waren 659 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen sowie 9.386 m Niederdruckrohrleitungen.

Unter den ausgewechselten Hauptrohrleitungen befanden sich 611 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen sowie 3.532 m Niederdruckrohrleitungen, die wegen des U-Bahn- und des Autobahnbaues umgelegt oder ausgewechselt werden mußten.

Es wurden auch wieder 268 m Hochdruck- und 2.368 m Niederdruckrohrleitungen außer Betrieb genommen.

Von Stadtgas- auf Erdgasführung wurden im Laufe des Jahres 30.232 m Hochdruck- und 343.114 m Niederdruckrohrstränge umgeschaltet.

Die Länge des Stadtgasrohrnetzes betrug am Ende des Jahres 1973 insgesamt 1.353.836 m; davon entfielen 133.382 m auf das Hochdruck- und Mitteldruckrohrnetz sowie 1.220.454 m auf das Niederdruckrohrnetz.

Der Rauminhalt des gesamten Stadtgashauptrohrnetzes betrug am Jahresende 99.908 m³, die sich mit 30.949 m³ auf das Hochdruck- und Mitteldruckrohrnetz und mit 68.959 m³ auf das Niederdruckrohrnetz verteilten.

Für Erdgas wurden im Jahre 1973 insgesamt 6.231 m neue Hauptrohrleitungen verlegt; davon waren 1.733 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen sowie 4.498 m Niederdruckrohrleitungen. Größere Neuverlegungen in diesem Rohrnetz wurden in 21, Voltelinigasse, und in der von den Wiener Stadtwerken — Gaswerken versorgten niederösterreichischen Gemeinde Guntramsdorf, in der Siedlung „Im Teich“, durchgeführt. Außerdem wurde in den Randgebieten von Wien und in den von den Wiener Stadtwerken — Gaswerken versorgten Gemeinden Niederösterreichs das Rohrnetz weiter ausgebaut. Anlässlich der Neutrassierung der Erdbergstraße sowie im Zusammenhang mit dem Autobahnbau und der Aufschließung des Industriegebiets „Erdberger Mais“ mußten zwei Rohrstränge mit einem Nennwert von 1.200 mm, 1 Rohrstrang mit einem Nennwert von 700 mm sowie 1 Rohrstrang mit einem Nennwert von 500 mm umgelegt werden.

Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen wurden 14.743 m Erdgashauptrohrleitungen ausgewechselt; davon waren 3.431 m Erdgashochdruck- und -mitteldruckrohrleitungen sowie 11.312 m Erdgasnieder-

druckrohrleitungen. Außerdem wurden 1.061 m Erdgasniederdruckrohrleitungen außer Betrieb gesetzt.

Ferner wurden in diesem Jahre 30.232 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen sowie 343.114 m Niederdruckrohrleitungen von Stadtgas- auf Erdgasführung umgeschaltet.

Die Gesamtlänge des Erdgashauptrohrnetzes einschließlich von 63.593 m eigenen Erdgas-Hochdrucktransportleitungen betrug am Jahresende 1.424.112 m; davon entfielen 243.906 m auf das Hochdruck- und Mitteldruckrohrnetz sowie 1.180.206 m auf das Niederdruckrohrnetz.

Die Bauaufsicht kontrollierte im Jahre 1973 beim Stadtgashauptrohrnetz 17.022 und beim Erdgashauptrohrnetz 7.349 fremde Aufgrabungen; bei diesen Aufgrabungen wurden am Stadtgashauptrohrnetz 2.210 Stellen und 5.445 Hausanschlüsse sowie am Erdgashauptrohrnetz 1.684 Stellen und 2.560 Hausanschlüsse freigelegt. Außerdem wurden am Stadtgashauptrohrnetz 516 und am Erdgashauptrohrnetz 2.200 Schäden und Gebrechen behoben; vornehmlich waren undichte Muffen zu dichten, aber auch 57 beziehungsweise 49 Rohrbrüche zu beheben. Auch von den 230 an privaten Stadtgasleitungen behobenen Schäden waren 2 Rohrbrüche, während es sich bei den 187 an privaten Erdgasleitungen reparierten Schäden hauptsächlich um verschiedene Rohrschäden, nicht aber um Rohrbrüche handelte.

Zu Ende des Jahres 1973 standen insgesamt 188 Druckregleranlagen in Betrieb, und zwar 76 für Stadtgas und 112 für Erdgas.

Bei den Behältern und Gasförderanlagen Baumgarten, Brigittenau und Wienerberg wurden laufend zahlreiche Erhaltungs-, Überholungs- und Ausbaurbeiten durchgeführt. Der Behälter Wienerberg mit einem Volumen von 300.000 m³ wurde am 16. Juni 1973 von Stadtgas- auf Erdgasbetrieb umgestellt; dies erforderte eine Umstellung der Behälterheizung und einen Umbau des MAN-Gasmotors IV.

Ferner wurden 1.139 Zuleitungen neu hergestellt und 3 vor Jahren abgetrennte Zuleitungen wieder an das Gashauptrohrnetz angeschlossen. 824 Zuleitungen wurden instand gesetzt und 753 vom Gashauptrohr abgetrennt. Anlässlich der Herstellung von Straßendecken wurden 75 Untersuchungen an Zuleitungen vorgenommen. Am 31. Dezember 1973 standen 93.518 Zuleitungen in Benützung.

Stadtgaszähler standen am Ende des Jahres 1973 insgesamt 569.444 in Verwendung. Im Laufe des Jahres wurden 3.465 neu aufgestellt, 6.781 weggenommen und 92.776 auf Erdgas umgestellt. Außerdem wurden 14.111 durch größere, 181 durch kleinere und 7.734 aus anderen Gründen ersetzt. Bei den Erdgaszählern ergaben sich 3.945 Neuaufstellungen, 1.325 Wegnahmen und 92.776 Zugänge infolge der Erdgasumstellung, so daß zu Jahresende insgesamt 214.767 Zähler in Benützung standen. Auch hier waren 3.277 Zähler gegen größere, 65 gegen kleinere und 3.611 bei Auswechslungen ausgetauscht worden. Am 31. Dezember 1973 hatten die Stadtgaszähler eine Anschlußleistung von 2.037.493 m³/h und die Erdgaszähler eine solche von 884.893 m³/h.

In Waschküchen, Gemeinschaftsbädern und Heizungsanlagen standen 6.037 Münzgaszähler und 226 Hochleistungsgaszähler in Benützung.

In den eigenen Werkstätten wurden 37.085 Gaszähler untersucht; davon wurden wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung 1.033 Stück generalrepariert. 3.030 Zähler wurden mit dem Kubiziergerät vorgeprüft und amtlich geeicht. An weiteren 5.985 Gaszählern wurden kleinere Reparaturen durchgeführt.

Bei Gaszähler-Erzeugerfirmen wurden auf Kosten der Gaswerke 370 Zähler repariert; 979 Stück mußten kostenfrei instand gesetzt werden, weil die Garantiefrist der Firmen noch nicht abgelaufen war.

An 28.452 Leitungsanlagen wurde die vorgeschriebene Dichtheitsprüfung vorgenommen, wobei sich in 959 Fällen Beanstandungen ergaben.

Der Hausdienst wurde im Jahre 1973 für die verschiedensten Arbeiten, wie Erhebungen, Standablesungen, Wartungen und Funktionsprüfungen, eingesetzt. Zum Teil wirkte er auch bei der Umstellung der Stadtgasversorgung auf reine Erdgasversorgung mit.

Am Ende des Jahres 1973 verwendeten 13.759 gewerbliche Betriebe und 6.438 Industriebetriebe Gas (Stadtgas und Erdgas). Die Gasgeräte und Gasfeuerstätten von 42.189 Anlagen wurden überprüft und nach Möglichkeit instand gesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung durch Fachfirmen durchführen zu lassen. Danach wurden die Geräte neuerlich überprüft.

Von den im Jahre 1973 behandelten 22.022 Anträgen, Gas zu Heizzwecken verwenden zu dürfen, wurden 21.966 Anträge mit einer Nennbelastung von 416.029 Mcal/h genehmigt. Nur 56 Anträge mit einer Nennbelastung von 13.584 Mcal/h mußten abgelehnt werden. Auf Grund der Genehmigungen konnten 6.857 Strahler und Radiatoren, 6.827 Außenwandheizöfen, 995 Speicheröfen und 10.519 Gasheizkessel an das Gasnetz angeschlossen werden.

Insgesamt liefen 81.778 Störungsmeldungen im Jahre 1973 ein. In 20.975 Fällen handelte es sich tatsächlich um Störungen und Gebrechen, in 6.661 Fällen war eine Reinigung der Zuleitungen mit CO₂

und Vakuum vorzunehmen; 54.142 Meldungen betrafen Ein- und Abschaltungen, Untersuchungen der Anlagen sowie routinemäßige Überprüfungen. Der Rost, der bei den mit Erfolg durchgeführten Vakuumreinigungen von 6.474 Zuleitungen anfiel, hatte ein Gewicht von 9.965 kg.

Dem Sicherheitsdienst wurden im Jahre 1973 insgesamt 78 Gas- und Abgasvergiftungen gemeldet, wobei 83 Personen, davon 28 tödlich, verunglückten. Die Todesfälle waren 13 Selbstmorde und Morde, 3 Unfälle durch ausströmendes Gas, 11 Abgasunfälle sowie ein in seiner Ursache nicht geklärt Fall. In 55 Fällen erkrankten Personen, und zwar 26 bei Mord- und Selbstmordversuchen, 16 durch ausströmendes Gas, 8 an Abgasen und 5 bei Unfällen mit nicht geklärt Ursache (Gas- oder Abgasvergiftung).

Der Werbe- und Beratungsdienst betreute im Jahre 1973 in der Informationsstelle 6, Mariahilfer Straße, 49.064 Personen; 14.701 bestellten Erdgasgeräte, 872 kamen zu Heizungsberatungen und 174 Personen wünschten eine Berechnung des Wärmebedarfes ihrer Wohnung.

Den Erdgas-Informationsbus suchten 51.724 Personen auf und nahmen 46.256 Erdgas-Gerätebestellungen vor.

Den Ausstellungsstand der Wiener Stadtwerke-Gaswerke auf der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse besichtigten rund 220.000 Messebesucher.

Die zahlreichen Neuauflagen von Werbemitteln dienten hauptsächlich der Werbung für die Erdgasverwendung. 25.000 Stück Werbebeihilfe und Broschüren wurden kostenlos abgegeben. In den öffentlichen Verkehrsmitteln wurde das Werbeplakat „Wir wollen die Sonne auch sehen, wenn sie scheint“ affiziert. Außerdem wurden Werbetexte in Zeitschriften, Bücher und Broschüren eingeschaltet.

Am „Tag der offenen Tür“ der Wiener Stadtwerke kamen zum Erdgas-Informationsbus zirka 800 Besucher; in diesem wurden zahlreiche Informationszeitschriften verteilt. An diesem Tage erfolgte auch die erste Vorführung des Erdgas-Farbfilmes „Saubere Dächer“ mit einer Laufzeit von 10 Minuten. Dieser Film zeigt die Anfänge der Gaserzeugung in Wien, die auf Kohle beruhte, führt die Erdgas-spaltung vor und informiert über die Umstellung des Wiener Versorgungsgebietes auf Erdgasbezug. Gleichzeitig wird in diesem Werbefilm die Notwendigkeit der Luftreinhaltung im Wiener Raum veranschaulicht.

Es nahmen auch wieder Vertreter der Wiener Stadtwerke-Gaswerke an den Sitzungen der Gemeinschaftswerbung der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach sowie an den Pressekonferenzen der Landesinnung Wien der Installateure teil.

Die Gasgemeinschaft Wien finanzierte im Jahre 1973 den Ankauf von 2.865 Gasgeräten sowie von 867 Installationen im Werte von 22.149.049 S. Außerdem wurde durch die Badezimmeraktion die Einrichtung von 1.192 Badezimmern mit einem Betrag von 25.394.473 S ermöglicht. Insgesamt wurden für 4.924 Anschaffungen Geldmittel in der Höhe von 47.543.522 S vorgestreckt.

Die „Behördlich autorisierte Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke-Gaswerke“ führte an Allgas- und Multigasgeräten für Koch- und Heizzwecke 80 Haupt-, 10 Nach-, 2 Entwicklungs- sowie 6 Funktions- und Ergänzungsprüfungen durch. Außerdem wurden 105 Gasheizanlagen mit Gebläseburnern überprüft. Die zahlreichen Prüfungen, Versuche, Eichungen und Heizwertbestimmungen wurden teils innerhalb und teils außerhalb der Prüfanstalt vorgenommen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß das ständige Studium in- und ausländischer Fachzeitschriften über Geräteprüfungen wertvolle Anregungen und Kenntnisse vermittelte. Außerdem wurden in die einschlägigen Fach-, Normen- und Prüfausschüsse sachkundige Vertreter entsendet.

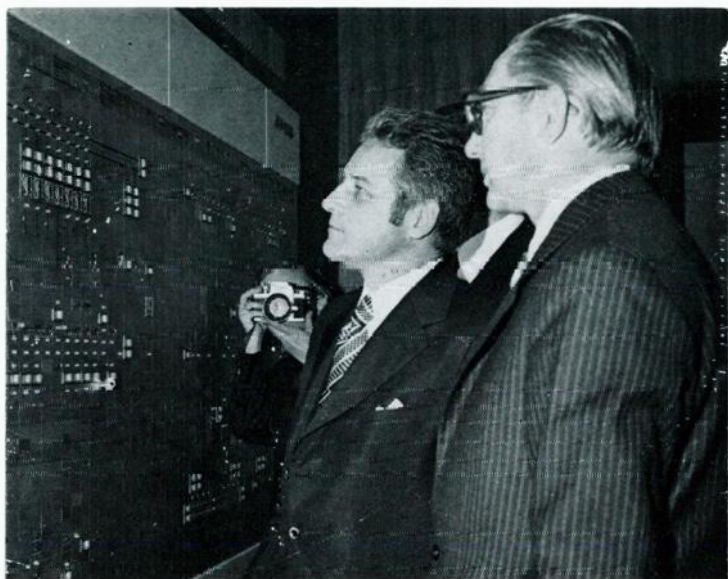
An den Einrichtungen der Prüf- und Versuchsanstalt wurden im Jahre 1973 die notwendigen Erhaltungsarbeiten vorgenommen. Einige Neuanschaffungen ergänzten den Bestand an Geräten.

Verkehrsbetriebe

Die Fahrgastfrequenz von Straßenbahn und Stadtbahn sank im Jahre 1973 neuerlich um 4 Prozent; die Wagen-Nutz-Kilometerleistung nahm um 2,5 Prozent ab. Insgesamt wurden 339,4 Millionen Beförderungsfälle verzeichnet und 72,9 Millionen Wagen-Nutz-Kilometer geleistet.

Als wirksame Maßnahme zur Personaleinsparung wurde auf Grund der bisherigen guten Erfahrungen der Betrieb mit schaffnerlosen Beiwagen mit Fahrscheinwertern weiter ausgebaut. Außer den Linien D, E2, G2, H2, J, T, 6, 8, 10, 18, 25, 38, 43, 46, 49, 60, 62, 65, 66, 132 und 331 werden nun auch die Linien A/Ak, B/Bk und 71 mit schaffnerlosen Beiwagen geführt. Als noch personalsparender hat sich der schaffnerlose Zug auf den Linien O, 5, 25, 26 und 42 bewährt. Seit dem Jahre 1973 werden deshalb auch die Linien D, 6, 60, 62 und 66 mit schaffnerlosen Zügen betrieben.

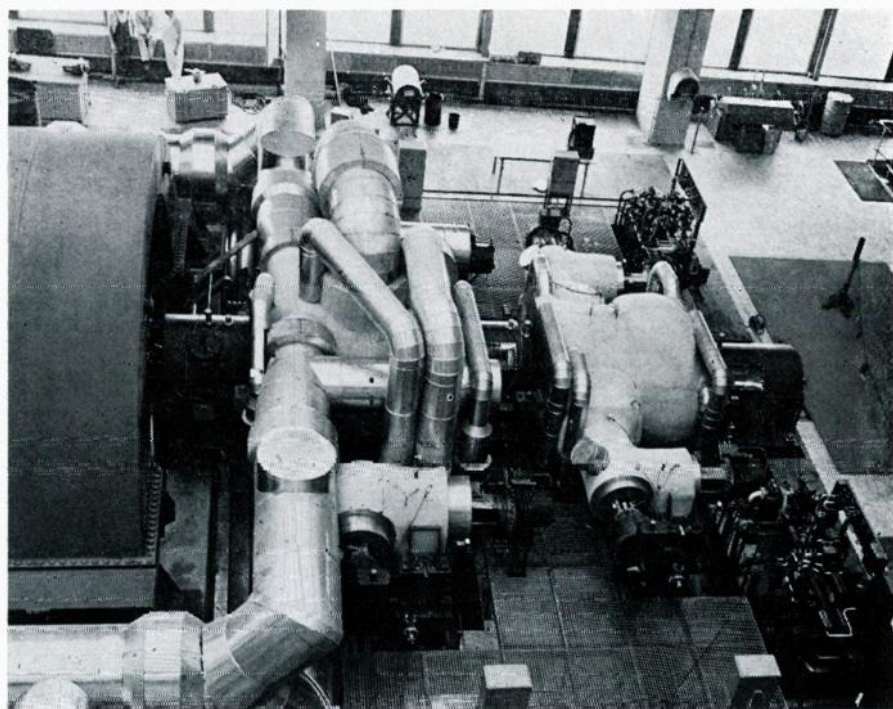
Der Stand der Fahrbediensteten sank im Laufe des Jahres 1973 von 3.775 auf 3.526; der Rückgang konnte durch Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden.



Bürgermeister Leopold Gratz und Stadtrat Franz Nekula (Städtische Unternehmungen) bei der Inbetriebnahme des Kraftwerks Donaustadt

Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke

Der Generator des ersten Blocks im Kraftwerk Donaustadt hat eine Leistung von 150 Megawatt





Mit der Sprengung der Kohlen-Misch- und Mahlanlage im Werk Leopoldau wurde das Kohlenzeitalter der Wiener Gaswerke beendet. Die Gaswerke liefern nur mehr Spaltgas und reines Erdgas

Wiener Stadtwerke — Gaswerke

Wiener Stadtwerke — Städtische Bestattung

Neuzeitlich gestalteter Aufbahrungsraum auf dem Friedhof Mauer



Einen vermehrten Wageneinsatz sowie besondere Verkehrsmaßnahmen erforderten folgende Anlässe: die Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, die Wiener Festwochen, der Muttertag, Allerheiligen, Allerseelen, die Vorweihnachtszeit und Silvester, ferner Veranstaltungen im Stadion und auf den übrigen Sportplätzen, in der Stadthalle, auf dem Renn- und Trabrennplatz, Ostern und Pfingsten, das Praterfest am 17. Mai, das Jugendmusikfestival am 13. Juli, der „Tag der offenen Tür“ am 29. September sowie vom Wetter begünstigte Bade- und Ausflugstage. Die Aufzählung erfolgte in einer der Bedeutung und dem Umfang der getroffenen Maßnahmen angepaßten Reihenfolge.

Auch für den Schülerverkehr wurden auf den Straßenbahnlinien J, 10, 11, 38, 60 und 167 sowie auf den Stadtbahnlinien DG und GD zusätzliche Zugsgarnituren geführt.

Die größte Fahrleistung wurde auf der Straßenbahn, ausgenommen jene am 1. November, am Mittwoch, dem 31. Oktober, mit 179.139,7 Wagen-Nutz-Kilometern und auf der Stadtbahn am Freitag, dem 2. November, mit 62.884,9 Wagen-Nutz-Kilometern erzielt.

Die periodischen Frequenzzählungen (Schaffnerzählungen) wurden auch im Jahre 1973 wie üblich durchgeführt; außerdem fand eine Zählung im Silvesternachtverkehr statt. Weitere Fahrgastzählungen im März, Juli und Oktober auf der Schnellbahn dienten zu Verrechnungszwecken.

Im einzelnen wurden folgende Betriebsmaßnahmen getroffen: Seit 14. April wird die Linie B/Bk mit sechsachsigen Gelenktriebwagen und Beiwagen ganztägig befahren und die Linie A/Ak im Abendverkehr, an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen mit ebensolchen Zugsgarnituren schaffnerlos betrieben; ab 7. Mai wurde in der Stadtbahnstation „Schwedenplatz“ versuchsweise ein Fahrscheinausgabeautomat eingesetzt, am 3. August wurde der Streckenabschnitt Kundmanngasse—Erdbergstraße der Linie J zweigleisig in Betrieb genommen; seit 18. August werden auf der Linie 62 im Abendverkehr Züge mit sechsachsigen Gelenktriebwagen mit Einmannbetrieb und mit schaffnerlosen Beiwagen eingesetzt; ab 17. September wurde die Linie 71E mit einigen Zügen bis zur Zentralwerkstätte verlängert; am 1. Oktober traten neue Fahrzeiten, die eine Staffelung in der Dichte des Wageneinsatzes während der Verkehrsspitzen, bei mittlerer Verkehrslage und in den verkehrssarmen Zeiten bewirkten, auf der Straßenbahnlinie D in Kraft, und seit 3. November wird die Linie 46 an Werktagen im Abendverkehr mit Gelenktriebwagen geführt.

Die Betriebsüberwachung führte im Jahre 1973 mit 126 Revisoren 300.101 Wagenkontrollen durch, wobei 3.780.231 Fahrgäste überprüft und 27.664 meldepflichtige Vorgänge festgehalten wurden. Außerdem waren 70 Kontrolloren nur für die Fahrscheinüberprüfung in den schaffnerlosen Beiwagen und im gesamten Stadtbahnbereich eingesetzt. Diese Kontrolloren überprüften bei insgesamt 300.455 Wagenkontrollen 4.840.862 Fahrgäste und hielten 39.800 meldepflichtige Vorgänge fest.

Außer den ständigen Platzdienstleistungen im Früh- und Abendspitzenverkehr waren die Beamten der Betriebsüberwachung bei Sonderveranstaltungen, und zwar bei 2 Ringstraßenablenkungen, zahlreichen kirchlichen und sonstigen Umzügen, 15 Veranstaltungen im Stadion sowie bei 132 Veranstaltungen in der Wiener Stadthalle eingesetzt.

Der Funkwagendienst der Betriebsüberwachung bewährte sich weiterhin im Einsatz bei Verkehrsunfällen und sonstigen Betriebsereignissen sowie bei der Behebung von Störungen vorzüglich.

Im Lastverkehr wurden für die Straßenbahn, die Stadtbahn, das Kabelbüro und für private Firmen 3.762 Fahrten geleistet.

Im Jahr 1973 wurden auch wieder 463 Bedienstete einer Grundausbildung zugeführt, und zwar erhielten 204 eine Ausbildung für den Fahrdienst, 200 wurden für den Schaffnerdienst geschult und 59 wurden als Autobuslenker eingewiesen. 4.019 zusätzlichen Schulungen, etwa für den Dienst auf Zügen mit schaffnerlosen Beiwagen, für den Einsatz auf tiefgeführten Straßenbahnlinien sowie Wiederholungsschulungen unterzogen sich 1.417 Fahrer, 2.366 Schaffner und 236 Autobuslenker.

Am 31. Dezember 1973 standen 40 Straßenbahn- und 4 Stadtbahnlinien in Betrieb.

Beim Autobus- und Kraftwagenbetrieb ergab sich eine Zunahme der Fahrgastfrequenz im Autobusbetrieb, einschließlich der auf Autobusse umgestellten Straßenbahnlinien, um 0,5 Prozent und der Wagen-Nutz-Kilometerleistung um 2,1 Prozent. Die Zahl der Beförderungsfälle belief sich auf 67,7 Millionen, die der geleisteten Wagen-Nutz-Kilometer auf 14,3 Millionen.

Auch hier waren im Jahre 1973 Betriebsmaßnahmen notwendig. Seit 15. Jänner wird die Autobuslinie 33A statt bis Jägerstraße nur noch bis Wexstraße, Bahnhof Brigittenau, geführt. Seit 17. Februar sind die Autobuslinien 18A und 26A vereint und fahren unter dem neuen Liniensignal 26A. Ab 24. März wurden die Autobuslinien 25, 25A und 80 mit Autobussen mit automatischen Türen und Fahrscheinautomaten bestückt. Seit 25. März muß die Autobuslinie 13, wegen der Erklärung der Neubaugasse als Einbahn, von der Lerchenfelder Straße zur Mariahilfer Straße, ab der Amerlingstraße über die Schadekgasse—Nelkengasse—Zollergasse—Mondscheingasse—Kirchengasse—Kellermannngasse zur Piaristengasse geführt werden. Ab 10. April mußte wegen des fortschreitenden U-Bahn-Baues und der damit verbundenen Sperre des Kreuzungsplateaus Stephansplatz-Brandstätte die Streckenführung

der Autobuslinien 1, 2 und 3 geändert und die Linie 3 in zwei Äste geteilt werden, nämlich in die Linie 3, deren Wagen von der Stadtbahnstation Schottenring zum Petersplatz fahren, und die Linie 3A, die vom Stock im Eisen-Platz zur Oper geführt wird. Seit 3. Juni ist die Kraftwagenlinie der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung, deren Autobusse zwischen der Stadtbahnstation Hütteldorf-Hacking und Hainbach, Steinbachstraße, verkehrten, in ihrer Streckenführung, die nun über den Bierhäuselberg verläuft, geändert und in die Tarifgemeinschaft mit den Wiener Stadtwerken—Verkehrsbetrieben einbezogen; das Liniensignal wurde ebenfalls in 49B abgeändert. Ab 3. September ergab sich die Notwendigkeit zu einer Reihe von Betriebsmaßnahmen: es wurden zur Verkehrsverbesserung zwischen dem Wienerfeld und Ober-Laa einzelne Kurse der Autobuslinie 67A an Werktagen von Rothneusiedl bis zum Wienerfeld verlängert; ebenfalls zur besseren Verkehrsbedienung, und zwar im Raume Liesing, wurde die Autobuslinie 64A bis zur Schnellbahnstation Liesing verlängert, mit der Linie 64 zu einem Rundkurs zusammengefaßt und mit dem einheitlichen Liniensignal 64A ausgestattet; gleichzeitig wurde der Kurs der Autobuslinie 160A, der bisher über die Ketzergasse führte, geändert, so daß deren Wagen nunmehr über die Carlberggasse—Breitenfurter Straße zur Schnellbahnstation Liesing fahren; ferner wurde im Raume Simmering die Autobuslinie 73, unter dem neuen Liniensignal 73A, zur Erschließung des Wohngebietes Lindenubergasse bis zur Pantucekgasse verlängert und zugleich eine neue Autobuslinie 72A auf der Strecke Kaiser-Ebersdorf—Pantucekgasse—Zentralfriedhof, 3. Tor, eingerichtet; schließlich wurden aus betriebstechnischen Gründen die Liniensignale der Autobuslinien 72 und 71A geändert. Wie schon in früheren Jahren wurde anlässlich der Frühjahrs- und der Herbstmesse wieder eine Sonderlinie zwischen Messepalast und Messegelände geführt.

Im Jahre 1973 wurden für den Fahrdienst insgesamt 295 Bedienstete, und zwar 30 in einer Autobuslenker-Fahrschule, 29 als Lastwagenlenker, 7 als Verschublenker sowie 229 in verschiedenen Lenkerschulen für die Bedienung von Spezialfahrzeugen, wie Funkwagen, Weichenspritzwagen und Elektrokarren, geschult.

Um einen Lenkernachwuchs heranzuziehen, wurden in einer betriebseigenen Fahrschule Ausbildungslehrgänge für den Erwerb des Führerscheines der Gruppe „C“ abgehalten.

Am 31. Dezember 1973 standen insgesamt 39 Autobuslinien im Betrieb. Der Wagenpark für den Linien- und Mietwagenverkehr verfügte über 399 Autobusse.

Als Vorbereitung für den U-Bahn-Betrieb wurde für den Probetrieb auf der Probestrecke eine Linienzugsbeeinflussungsanlage sowie eine fernsteuerbare Fernseh-Überwachungsanlage für den Bereich Heiligenstadt im Stellwerk Friedensbrücke errichtet. Zwischen Karlsplatz und Taubstummengasse konnten bis zum „Tag der offenen Tür“ die Stromschienenanlage und die Tunnelinstallation fertiggestellt und probeweise in Betrieb genommen werden. Außerdem wurde im Anfahrtschacht am Karlsplatz ein U-Bahn-Wagen nach einem exakt festgelegten Ablaufplan abgesenkt. Mit diesem Wagen werden nunmehr regelmäßig Probe- und Meßfahrten durchgeführt; bei diesen funktionierte die Streckenausrüstung einwandfrei, und es kam auch zu keinerlei Störungen.

Die Station „Taubstummengasse“ konnte bis zum „Tag der offenen Tür“ fertiggestellt werden. Dabei wurden die elektroakustischen Einrichtungen, die Uhrenanlage, versuchsweise auch eine Fernseh-Überwachungsanlage für die Rolltreppen und den Bahnsteig sowie die Beleuchtungsanlagen auf den Bahnsteigen, in den Passagen und Betriebsräumen, aber auch das Leitsystem eingebaut. Im Bauabschnitt „Karlsplatz“ wurde mit der Tunnelinstallation für die Linien U 4 und U 1, Richtung Stephansplatz, begonnen.

Die Arbeiten am U-Bahn-Funktions- und Organisationsplan wurden fortgesetzt. Es wurden Studien bezüglich der Umstellung der Stadtbahn auf den U-Bahn-Betrieb angestellt und Pläne für den Betrieb der U-Bahn-Anlagen ausgearbeitet. Für die Aufsichtsbehörde waren die Linie U 3 sowie die Stromversorgung betreffende Berichte zu verfassen. Darüber hinaus wurden die Unterlagen für die Anträge auf Genehmigung des maschinentechnischen Ausbaues der Stationen „Taubstummengasse“ und „Karlsplatz“ sowie der Traktionsstromversorgung, der Licht- und Kraftstrominstallation und der Signalanlagen erstellt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke wurde ferner ein Programm für die Durchrechnung der Fahrtafeln des Grundnetzes ermittelt. Die errechneten und graphisch ausgedrückten Fahrtafeln dienen als Grundlage für Untersuchungen über Spannungsabfälle, Potentialanhebungen, Streuströme, stromsparendes Fahren, ferner für die Erstellung von Fahrplänen und in weiterer Folge für den rechnergesteuerten Betriebsablauf.

Bei Besprechungen mit den Elektrizitäts-Werken wurden überdies die Schutz- und Erdungsmaßnahmen der Stromversorgungsanlagen festgelegt, die einheitlich bei der Wiener U-Bahn angewendet werden sollen.

Am 24. Februar 1973 konnte der Probetrieb auf der Strecke Friedensbrücke—Heiligenstadt auch bei Tag voll aufgenommen werden. Um den U-Bahn-Doppeltriebwagen abstellen zu können, wurde

in Heiligenstadt zusätzlich ein Abstellgleis von 220 m Länge hergestellt und in der Station „Friedensbrücke“, als Vorbereitung für die Aufnahme eines U-Bahn-Teilbetriebes zwischen den Stationen „Friedensbrücke“ und „Heiligenstadt“, der Inselbahnsteig gegen den Donaukanal zu verbreitert; außerdem wurde außerhalb des Gleises 1 ein neues Gleis verlegt.

Der Trassenabschnitt der Stadtbahn zwischen den Stationen „Roßauer Lände“ und „Friedensbrücke“ wurde mit dem U-Bahn-Oberbau S 48-U in Schotterbett ausgerüstet. Auch mit den Bauarbeiten im V. Bauabschnitt der Linie U 4, zwischen Schwedenplatz und Roßauer Lände, wurde nach Erhalt des eisenbahnrechtlichen Genehmigungsbescheides vom 29. März 1973 begonnen. Zwischen dem Anfahrtschacht am Karlsplatz und der Station „Taubstummengasse“ wurden die Oberbauarbeiten durchgeführt; dabei wurde ein neuer körperschallgedämmter Oberbau mit Kunststoffschwellen eingebaut.

Die Planung des Betriebsbahnhofes „Wasserleitungswiese“ wurde so weit abgeschlossen, daß die Bauarbeiten Ende des Jahres 1973 vergeben werden konnten. Weitere Planungsarbeiten befaßten sich mit dem Umbau der Stadtbahnstationen, die anlässlich der Umstellung auf den U-Bahn-Betrieb neu gestaltet werden müssen. Auch an Planungen, die von Magistratsabteilungen geleitet wurden, wurde mitgearbeitet.

Der Wagenpark der Straßen-, Stadt- und U-Bahn umfaßte zu Beginn des Jahres 1973 insgesamt 2.009 Personenfahrzeuge, davon waren 850 Straßenbahn- und 128 Stadtbahntriebwagen, 827 Straßenbahn- und 200 Stadtbahnbeiwagen sowie 4 U-Bahn-Wagen (2 Doppeltriebwagen). Wegen Überalterung, Fahruntauglichkeit oder Übernahme in den Stand der Hilfsfahrzeuge wurden 17 Triebwagen sowie 34 Beiwagen ausgeschieden. In den Stand der Personenfahrzeuge wurden im Laufe des Jahres 34 Einmann-Gelenktriebwagen sowie 5 U-Bahn-Doppeltriebwagen (10 Wagen) genommen. Demnach verfügte der Wagenpark zu Jahresende über 2.002 Personenfahrzeuge, und zwar 867 Straßenbahn- und 128 Stadtbahntriebwagen, 793 Straßenbahn- und 200 Stadtbahnbeiwagen sowie 14 U-Bahn-Wagen (7 Doppeltriebwagen). Von den Straßenbahntriebwagen waren 346 (40,7 Prozent) sechsachsige Gelenktriebwagen. Mit Stahlaufbauten waren 1.360 (82 Prozent) Straßenbahnpersonenfahrzeuge ausgestattet.

Der Umbau von Trieb- und Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb wurde im Jahre 1973 fortgesetzt. Insgesamt wurden 18 Triebwagen und 53 Beiwagen umgebaut. Somit standen zu Jahresende insgesamt 528 Trieb- und 440 Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb zur Verfügung; von den Triebwagen waren 121 Gelenkzüge für den Einmannbetrieb verwendbar.

Für den U-Bahn-Betrieb wurden im Jahre 1973, außer den bereits erwähnten 10 U-Bahn-Wagen, 1 Hilfstriebwagen und 1 Kabelrollenwagen eingestellt.

An Straßenbahnhilfsfahrzeugen wurden 6 Anhängeschneepflüge angeschafft.

Zu Beginn des Jahres 1973 betrug der Gesamtstand an Autobussen 402, zum Jahresende 417. Wegen Überalterung oder Fahruntauglichkeit wurde 1 Autobus ausgeschieden, 16 Wagen wurden neu angeschafft.

Von den neuen Autobussen waren 2 bereits im Jahre 1972 bestellt, von der Österreichischen Automobilfabrik Ö. A. F.-Gräf & Stift AG gelieferte Normalautobusse. Zusätzlich wurden von derselben Firma 1 Normalautobus und von der Steyr-Daimler-Puch AG 2 Normalautobusse leihweise zur Verfügung gestellt: sollten sich diese 3 Fahrzeuge bewähren, werden sie angekauft werden.

Außerdem wurden 11 Gelenkautobusse bestellt. Die Normalbusse wie auch die Gelenkzüge sind für den Einmannbetrieb vorgesehen und mit Fahrscheinausgabeautomaten und Entwertern ausgerüstet.

Der Umbau der Fahrzeuge auf Flüssiggasmischbetrieb wurde im Jahre 1973 fortgesetzt, so daß zu Ende des Jahres bereits 289 Fahrzeuge für den Flüssiggasmischbetrieb ausgerüstet waren.

An Hilfsfahrzeugen wurden unter anderem für den Schienentransport 2 Lastkraftwagen mit je einem hydraulischen Ladekran, System „Palfinger“, gekauft; davon ist einer mit einem 7,5 m langen Plateau ausgestattet, so daß der Transport von 10 m langen Schienen ohne Zuhilfenahme eines Anhängers möglich ist. Der zweite Wagen ist ebenfalls als Zugfahrzeug für den Transport von Langschienen geeignet. Für die Arbeiten an den elektrischen Anlagen wurde ein Lastkraftwagen der Type „Steyr“ mit einem Ruthmann-Gelenksteiger angekauft, der eine wesentliche Rationalisierung der Arbeiten an der Oberleitung ermöglichte; es können nämlich von diesem aus die Aufhängung sowie die Beleuchtungsanlagen erreicht werden. Außerdem wurde für Arbeiten dieser Art ein Turmwagen in Betrieb genommen. Auch ein Schienenrillenreinigungswagen wurde angeschafft, wobei erstmals ein derartiges Spezialfahrzeug österreichischer Erzeugung gewählt wurde; es war nämlich nicht nur preisgünstiger zu kaufen, sondern entsprach funktionell den gestellten Anforderungen besser. Auf den Verkehrsmitteln waren 3.259 Bedienstete mit voller und 733 Schaffner und Schaffnerinnen mit Kurzarbeit beschäftigt.

Die Hauptwerkstätte durchliefen 1.479 Wagen und 540 Drehgestelle. Hierbei wurden alle Arten von Arbeiten, insgesamt rund 38.300 Einzelleistungen, durchgeführt, 33 Wagen mit Max-Platten ausgestattet und 6 Triebwagen für den Betrieb mit 2 schaffnerlosen Beiwagen ausgerüstet.

Von Privatfirmen wurden an 46 Beiwagen Umbauten im Zusammenhang mit der Einführung des schaffnerlosen Beiwagens vorgenommen, 18 Triebwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb und mit neuen elektrischen Weichenstellenrichtungen ausgerüstet sowie ein Hilfsfahrzeugbeiwagen als Sandstreuwagen umgebaut.

An Hochbauarbeiten wurde in der Zentralwerkstätte der Innenausbau der großen Werkshalle, der Portierloge, des Sozial- und Wohngebäudes sowie des Kommerzlagers fertiggestellt. Ferner wurde das Direktionsgebäude in 4, Taubstummengasse, an die Zentralheizungsanlage der übrigen Direktionsgebäude angeschlossen. Im Dienstkleiderlager wurde die Heizungsanlage auf vollautomatischen Gasbetrieb umgestellt.

Im Bahnhof Brigittenau sowie in den Hallen 1 bis 3 des Bahnhofes Favoriten wurde die Dachendeckung und im Bahnhof Erdberg der Hallenfußboden erneuert. Im Bahnhof Favoriten, in der Halle 4, wurde das Bad und der Waschraum für die Wagenrevision instand gesetzt. Im Bahnhof Floridsdorf wurde ein Streckendepot für die Strecke 14 errichtet. Außerdem wurde im Volksheim Hietzing eine Wagenabfertigung eingerichtet.

Auf der Stadtbahn wurde das Verblind- und das Parapettmauerwerk instand gesetzt. Im Bahnhof Michelbeuern wurde der Hallenfußboden erneuert und in den Betriebsgebäuden wurden die Etagenheizungen zusammengelegt.

In der Autobusgarage „Spetterbrücke“ konnte die Flüssiggas-Tankanlage fertiggestellt werden und in der Garage „Schanzstraße“ wurden zwei Wohnungen mit Zentralheizungsanlagen ausgestattet.

Insgesamt wurden 154 Wartehallen neu errichtet und 15 abgetragen.

Gleisbauarbeiten größeren Ausmaßes waren im Zusammenhang mit dem Bau der Linie U1 auszuführen, und zwar mußte ein Provisorium für die Linien 62, 65, 66, 67, 167 und die Wiener Lokalbahnen im Bereich Kärntner Straße, zwischen dem Kärntner Ring und dem Anfahrtschacht, auf der Seite der ungeraden Ordnungsnummern, verlegt werden. Am Schottenring wurde die erste Bauphase des V. U-Bahn-Bauabschnittes durchgeführt. Die Gleislegungsarbeiten in der neuen Zentralwerkstätte in Simmering wurden fortgesetzt; dabei wurden 3.083 m Gleis, 12 Weichen und 3 Kreuzungen verlegt. Größere Gleiserneuerungen und kleinere Gleisbauten waren überdies an zahlreichen Stellen im Gleisnetz der Straßenbahn und der Stadtbahn vorzunehmen.

Im Straßenbahn- und Stadtbahnbetrieb ereigneten sich 2.646 und im gesamten Kraftwagenbetrieb 1.127 Unfälle; von diesen entfielen 992 Unfälle auf den Autobuslinienverkehr.

An Haftpflichtschädigungen und -renten für Körperverletzungen sowie Entschädigungen für Sachschäden wurden im Jahre 1973 insgesamt 5,750.813 S bezahlt. Aus Schadenersatzansprüchen wurden 5,180.464 S hereingebracht.

Städtische Bestattung

Der städtischen Bestattung wurden im Jahre 1973 insgesamt 23.301 Bestattungsaufträge erteilt. Der Anteil der Kremationen an denselben betrug mit 3.909 Fällen 16,8 Prozent. Außerdem waren 1.574 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen, aber auch 906 Überführungen im Inland sowie in das Ausland, darunter in die Bundesrepublik Deutschland, nach Italien, Jugoslawien, in die Schweiz, die Tschechoslowakei und nach Ungarn durchzuführen. Einschließlich verschiedener anderer Leistungen wurden insgesamt 29.414 Aufträge zur Durchführung übernommen. 284 Bestattungen führte das Unternehmen auf eigene Kosten durch, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten aufkommen wären.

Von allen in Wien angefallenen Bestattungsfällen führte die Städtische Bestattung 97 Prozent durch, die übrigen 3 Prozent besorgten Pächter in den an Wien angrenzenden Gemeinden beziehungsweise Erfüllungsgehilfen des Unternehmens. Die meisten Aufträge, nämlich 3.216, wurden im Jänner übernommen, die wenigsten im September, in dem 2.040 Bestattungen durchgeführt wurden.

Der Fuhrpark erbrachte eine Fahrleistung von rund 780.000 km, das sind um 20.000 km weniger als im Vorjahr. Auf den einzelnen Auftrag entfielen etwa 27 km. Die tägliche Leistung betrug im Durchschnitt 3.100 km.

Das Unternehmen verfügte Ende des Jahres 1973 über 20 Fourgons, 15 Glas- und Blumenwagen sowie 15 sonstige Fahrzeuge für Wirtschafts- und für Mannschaftsfahrten.

Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 48.490 Säрге erzeugt, um 866 mehr als im Jahre 1972. Ein Teil der Produktion war für den Verkauf in den Bundesländern bestimmt.

Die Anzahl der Personen, die dem Unternehmen Bestattungsaufträge bei Lebzeiten erteilten, verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 3,5 Prozent.

Je eine umgebaute **Aufbahrungshalle** wurde auf dem Friedhof Atzgersdorf am 4. Juni und auf dem Friedhof Mauer am 17. Dezember 1973 der Benützung übergeben. Die nach modernen Gesichtspunkten ausgestalteten Aufbahrungsräume in diesen beiden Hallen sind so eingerichtet, daß sowohl Trauerfeiern für Erdbestattungen als auch Kremationsfeiern abgehalten werden können. Damit stehen nunmehr auf den Bezirksfriedhöfen Atzgersdorf, Baumgarten, Döbling, Liesing, Mauer und Ottakring Einrichtungen zur Verfügung, welche die Möglichkeit bieten, sowohl Trauerfeiern für Erdbestattungen als auch Kremationsfeiern abzuhalten.

Der Ablauf der Zeremonie bei Kremationsfeiern wird nach den gleichen Grundsätzen gestaltet, die für Trauerfeiern in den Feuerhallen Geltung haben. Lediglich das Ende der Kremationsfeier wird, je nach den örtlichen Gegebenheiten, unterschiedlich angezeigt. Während auf den Friedhöfen Baumgarten und Ottakring das der Erdbestattung nachempfundene Versenken des Sarges den Abschluß der Trauerfeier bildet, wird auf den Friedhöfen Atzgersdorf, Döbling, Liesing und Mauer die im Ausland sehr häufig bevorzugte Lösung, bei der das Schließen eines Vorhanges die Trauerfeier beendet, angewendet. Die Beleuchtung des Aufbahrungsraumes ist so geschaltet, daß gleichzeitig mit dem Versenken des Sarges oder dem Schließen des Vorhanges die vorhandenen Lichtquellen erlöschen. Die anschließende Überführung des Verstorbenen in eines der beiden Krematorien beziehungsweise das Verbringen der Urne auf den von den Hinterbliebenen bestimmten Friedhof erfolgt zu Lasten des Unternehmens und verursacht daher den Angehörigen keine zusätzlichen Kosten.

Den Bewohnern der an diese Friedhöfe angrenzenden Bezirke soll damit der Weg in die von dort verkehrsmäßig schwerer zu erreichenden Feuerhallen Simmering und Stammersdorf erspart werden. Außerdem könnte dadurch die meist als zweite Trauerfeier abgehaltene Urnenbestattung unterbleiben, die eine zusätzliche seelische Belastung der Hinterbliebenen darstellt.

Weitere Einrichtungen dieser Art sind für die Bezirksfriedhöfe Hütteldorf und Inzersdorf vorgesehen und werden voraussichtlich im Frühjahr 1974 der Benützung übergeben werden können.

Auf dem Friedhof Döbling wurde in der Aufbahrungshalle eine Ablage für Kondolenzschreiben angebracht, die den Trauergästen die Möglichkeit bietet, vor Beginn einer Trauerfeier schriftlich geäußerte Beileidskundgebungen zu deponieren. Beobachtungen sollen zeigen, ob diese in westeuropäischen Städten übliche Gepflogenheit auch in Wien Anklang findet. Sollte dies der Fall sein, ist daran gedacht, derartige Ablagen in allen Aufbahrungshallen anzubringen.

Am 29. September 1973 wurde die neue Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Mannswörth durch die Stadtgemeinde Schwechat der Benützung übergeben. Da der Kommunalfriedhof Mannswörth von der Städtischen Bestattung betreut wird, erfolgte auf Grund eines vom Wiener Gemeinderat genehmigten Übereinkommens die Innenausgestaltung der Aufbahrungshalle durch diese.

Ferner wurde die Beisetzammer des Friedhofes Groß-Jedlersdorf mit einer Kühlanlage ausgestattet; dadurch entfällt bei Begräbnissen auf diesem Friedhof seit 10. Mai 1973 die Beistellung der Plastikhüllen.

Mit Zustimmung der städtischen Friedhofsverwaltung schloß die Städtische Bestattung mit den auf Friedhöfen mit dem Grabaushub beauftragten Firmen eine Vereinbarung, die es gestattet, den **Beerdigungstag** auch dann festzulegen, wenn der Friedhofsmeister des in Frage kommenden Friedhofes nicht erreichbar ist. Diese Regelung, die im Juni 1973 wirksam wurde, führte zu einer Verkürzung der Wartezeiten bei Bestattungsleistungen und damit zu einer Verbesserung des Kundendienstes.

Die schon seit Jahren betriebene **Schulung** der Bediensteten wurde fortgesetzt; besondere Aufmerksamkeit wurde der Schulung der Bediensteten zugewendet, die ihren Dienst auf den Friedhöfen versehen. In zahlreichen Vorträgen wurden diese Bedienstetengruppen mit ihrer Tätigkeit und einem angemessenen Verhalten im Kundendienst vertraut gemacht.

Die **bargeldlose Bezugsauszahlung**, die im Jahre 1972 für die Beamten des Aufnahmedienstes in den Filialen eingeführt wurde, konnte im Jahre 1973 auf die übrigen Bediensteten der Schemata II/IV ausgedehnt werden. Von dieser Regelung wurden lediglich die Bediensteten der Betriebsstellen XI und XXI, des Sargerzeugungsbetriebes und die ständigen Organisten auf den Friedhöfen ausgenommen.

Neben den wirtschaftlichen erbrachte das Unternehmen eine Reihe von **sozialen Leistungen**. Wie bereits erwähnt, wurden 284 Verstorbene auf Kosten des Unternehmens in würdiger Weise bestattet, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Durchführung der Bestattung aufkommen wären. Ferner wurde durch die sozial gestaffelten Tarife vor allem jenen Familien eine pietätvolle Bestattung ihrer Verstorbenen ermöglicht, die für die entstandenen Kosten nur teilweise hätten aufkommen können.

Die Mitarbeit des Unternehmens in der „Landes- und Bundesinnung der Bestatter“ sowie in der „Europäischen Bestatter-Union“ wurde fortgesetzt. Die Mitgliedschaft bei der deutschen Arbeitsgemeinschaft „Friedhof und Denkmal“ sowie bei der „Funeral Directors Association, London“ und bei

der „Preferred Funeral Directors International, USA“ führte zu wertvollen Kontakten mit diesen Institutionen.

Bestattungsfeiern größeren Umfanges wurden für folgende Persönlichkeiten durchgeführt: Kommerzialrat Hans Saliger, Ehrenobmann der Wiener Kinderfreunde; Ilse Barea, Schriftstellerin; Elisabeth Karlan-Böhmerl, Schauspielerin; Univ.-Prof. Dr. Lorenz Böhler, Chirurg; Emmerich Wenger, Landesrat der Niederösterreichischen Landesregierung i. R.; Edi Frühwirth, Sportlehrer; Dr. Adalbert Mikulicz, Leiter des Tierschutzhauses des Wiener Tierschutzvereins; Prof. Dkfm. Dr. Karl Adalbert Hock, beeideter Wirtschaftsprüfer und Steuerberater; Prof. Albert Janesch, akademischer Maler; Prof. Albert Paris Gütersloh, Maler und Dichter; Oberst a. D. Hofrat Alois Podhajsky, Leiter der Spanischen Hofreitschule von 1939 bis 1964; Kommerzialrat Ernst Katzinger, Konsulent und Mitglied des Aufsichtsrates der Ernst Katzinger GesmbH; Prof. Dr. Kurt Jeschko, Chefredakteur des österreichischen Rundfunk-Fernsehens; Elisabeth Thury, Doyenne der österreichischen Journalistik; Friedl Czepa-Wanka, Schauspielerin; Prof. Dr. Gabriele Maria Arthur-Petrasovics, Ehrenmitglied des Wiener Frauenklubs; Hermine Holub, Präsident des Wiener Landtags und Gemeinderat der Stadt Wien a. D.; Gretel Padalewski-Löwinger, Schauspielerin; Dr. Franz Edler von Matsch, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter a. D.; Obersenatsrat Dr. Ernst Kothbauer, Ehrenobmann der österreichischen Kinderfreunde; Prof. Monsignore Otto Mauer, Domprediger und Akademieseelsorger; Dr. Jacques Hannak, Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“; Walter Wolf Höfermayer, ehemaliges Mitglied der Wiener Staatsoper; Dr. phil. Felix Braun, Dichter; Prof. Victor Th. Slama, akademischer Maler, und Friedrich Hillegeist, Ehrenvorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten. Eine besondere Feier war den anlässlich eines Ärztekongresses in Kopenhagen weilenden und bei einem Hotelbrand am 1. September 1973 ums Leben gekommenen Ärzten Dr. Heribert Hammerl, Oberarzt an der I. Medizinischen Abteilung des Wilhelminenspitals, Primarius Dr. Walter Korp, Vorstand der III. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz, und Dr. Arnold Lenhard, Oberarzt der III. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz, gewidmet; die Verunglückten wurden in Familiengräbern auf den Friedhöfen Neustift am Walde und Ober-St. Veit beigesetzt.

Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Für die Landwirtschaft als solche war das Jahr 1973 im allgemeinen ein erfolgreiches. Die Wintersaaten konnten, obwohl im Herbst 1972 infolge Trockenheit nicht die besten Anbaubedingungen geherrscht hatten, etwas uneinheitlich, doch ohne nennenswerte Auswinterungen ins neue Jahr gebracht werden. Der Winter 1972/73 war schneearm und sehr mild, vorerst auch nicht von langer Dauer; bereits im Februar gab es Tage, an denen schon erste Frühjahrsaaten in den Boden gebracht werden konnten. Bis Ende März war das Getreide zur Gänze, die Rüben waren zum Großteil angebaut. In den ersten Apriltagen verursachten Stürme bei kalter, trockener Witterung Erdverwehungen, die an jungen Saaten einigen Schaden anrichteten. Am 12. April brach der Winter wieder ein: Nässe und Kälte wirkten sich auf den Zuckerrübenfeldern, die mit Rüben auf Endabstand bebaut worden waren, katastrophal aus. Die ausgebrachten Voraufbau-Herbizide schädigten bei der vorhandenen großen Bodenfeuchtigkeit die Rübenkeimlinge derart, daß diese zugrunde gingen. Auch der Zweitanbau litt unter Nachwirkung der Herbizide. Die Folge waren Rübenfelder mit mehr als lückenhaften Beständen — eine nicht bloß auf den Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien beschränkte Erscheinung dieses Jahres —, dies jedoch nur auf einer einzigen Ökonomie. Die Rübenfelder aller anderen Höfe waren zufriedenstellend. Anfang Mai waren noch einige Hagelschauer zu überstehen. Die warmen Gewitterregen zur Monatsmitte brachten dann endlich die lang erwartete Wendung zum Besseren. Von da ab herrschten bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit günstige Wachstumsbedingungen.

Was den Pflanzenschutz anlangt, traten Blattläuse, die zu wiederholten Malen bekämpft werden mußten, besonders frühzeitig und weit verbreitet auf.

Die ersten Ernten des Jahres 1973, wie Radieschen, Frühjahrsspinat und Salat, ergaben gute bis sehr gute Ergebnisse, mittlere Erträge lieferte die Frühkartoffel; die Erzeugerpreise waren im Vergleich zum Vorjahr, sowohl für Frühgemüse als auch für Kartoffeln, deutlich angehoben.

Die erste Hauptfrucht, die Grünerbse, erbrachte mit mehr als 6.000 kg je Hektar einen überdurchschnittlichen Ertrag; die Erzeugerpreise lagen nach der Preisentlastung allerdings unter denen des Vorjahres.

Eine große Überraschung lieferte die Getreideernte: Es konnte mit einem Durchschnitt von mehr als 3.900 kg je Hektar die höchste jemals im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien erzielte Ernte eingebracht werden; besonders Winterweizen zeichnete sich durch Rekorderträge von örtlich mehr als 5.000 kg je Hektar aus. Die nachfolgende Gegenüberstellung der Erntergebnisse der Jahre 1972 und 1973 soll den voraussichtlich auf Jahre hinaus einmaligen Erfolg veranschaulichen:

Getreidearten	Erträge in q/ha	
	1972	1973
Winterweizen	33,51	41,52
Winterroggen	33,59	39,73
Sommerweizen	28,62	32,92
Sommergerste	36,27	38,97
Hafer (kleine Flächen)	22,75	25,90
Getreide im Durchschnitt	33,78	39,20

Beachtlich waren auch mit einem Gesamtdurchschnitt von 82,17 q/ha die Erträge an grünen Bohnen. Zu dem Erfolg trug bei, daß auch der Zweitanbau noch zur Gänze abgeerntet werden konnte, weil die ersten Nachfröste, denen Bohnen sofort zum Opfer fallen, relativ spät auftraten.

Der Sommer war im allgemeinen trocken; die guten Erträge an Frühgemüse und Hülsenfrüchten konnten nur mit Hilfe der künstlichen Beregnung erzielt werden, die in den letzten Jahren konsequent ausgebaut worden war.

Weniger günstig war es um die Hauptfrucht des Betriebes, die Zuckerrübe, bestellt. Der eingangs erwähnte Mißerfolg beim Anbau einer flächenmäßig gewichtigen Ökonomie drückte den Gesamtdurchschnittsertrag auf 429 q/ha herab, der nicht einmal die ohnehin vorsichtig geschätzte Ertragsmenge erreichte.

Auch bei Körnermais war der Ertrag von 48 q/ha eher unterdurchschnittlich. Für ein besseres Erntergebnis war das Jahr zu trocken, und für ausreichende künstliche Beregnung war die Kapazität der Anlage nach zu gering.

Ein Zwiebelanbauversuch in der Lobau verlief erfolgreich; dieser Betriebszweig könnte künftig etwas erweitert werden. Bei Frühkarotten gab es keine überragenden Erträge, Spätsorten brachten aber wieder höhere Erträge und damit einen Ausgleich. Herbstspinat lieferte eine enttäuschende Ernte; die Witterungsbedingungen waren hier, sowohl beim Anbau als auch in der weiteren Folge, sehr ungünstig.

In den städtischen Weingärten wurde eine Lese von rund 6.000 kg Trauben je Hektar eingebracht; mengenmäßig war das nicht allzuviel. Die Mostgrade lagen jedoch deutlich über denen der Vorjahre, die Säurewerte waren dagegen niedrig, die Qualität des Jahrganges 1973 läßt daher nichts zu wünschen übrig.

Um eine Übersicht über die Ernteergebnisse zu vermitteln, sollen hier wenigstens die Erträge der wichtigsten Erzeugnisse im Jahre 1973 angeführt werden. Bei Getreide erbrachte Weizen 3.900 t, Roggen 1.340 t, Gerste 1.890 t und Hafer 120 t; etwa 15 Prozent der Ernte dieser Getreidesorten entfielen auf Saatgut. An Hülsenfrüchten wurden 1.210 t Gründrüscherbsen und 1.270 t grüne Bohnen geerntet. Beim Feldgemüse ergab die Ernte 290.000 Bund Radieschen, 1 Million Häuptel Salat, 150 t Zwiebel, 500 t Karotten, 55 t Sellerie und 360 t Spinat. Die Fechsung an Hackfrüchten lieferte 18.000 t Zuckerrüben, 240 t Frühkartoffeln und 670 t Körnermais. Die Zuckerrübensamenvermehrung erbrachte eine für den Anbau von 2.500 ha Zuckerrüben ausreichende Menge. An Wein wurden 900 hl gefechst.

Nach ausreichenden Regenfällen zu Anfang Oktober gestalteten sich die Saatbeetvorbereitung und der nachfolgende Anbau der Wintersaaten 1973/74 recht günstig, so daß zu Jahresende die Vorbedingungen für eine gute Ernte für das kommende Jahr für Wintergetreide erfüllt waren.

Die gegenüber dem Voranschlag 1973 teilweise sehr beträchtlichen Mehrerträge brachten einen Ausbruch aus der in den letzten Jahren jeweils zu Anfang des Sommers auftretenden Liquiditätsenge. Die am 1. Juli, mit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, fälligen Anschaffungen von neuen Maschinen konnten aus Eigenmitteln bestritten werden. Auf den zu dieser Zeit sonst in Anspruch genommenen Investitionskredit konnte also verzichtet werden.

Auf dem Personalsektor galt es im Jahre 1973, die Zahl der Arbeitskräfte weitgehend zu verringern. Der Ersatz der in den Ruhestand getretenen Arbeitnehmer konnte in den meisten Fällen unterbleiben. Auch die Anzahl der Saisonarbeiter war einschneidend gekürzt worden. Kräftige Lohnsteigerungen zu Jahresbeginn hatten zu dieser Maßnahme gezwungen.

Eine Zäsur bedeutete der Entschluß des Wiener Gemeinderates, den Betrieb nach mehr als 50jährigem Bestehen als selbständiges Unternehmen aufzulösen. Ursprünglich war der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ins Leben gerufen worden, um in Notzeiten für die städtischen Anstalten einen verlässlichen Lebensmittellieferanten zur Verfügung zu haben. Mit dem Verblässen der Erinnerung an die einstige Notzeit und der zunehmenden Unwahrscheinlichkeit des Eintritts von Agrarkrisen verlagerte sich die Bedeutung des Betriebes mehr und mehr auf die Bodenkonservierung und die Landschaftserhaltung, somit auch für den Landschaftsschutz außerordentlich wichtige Aufgaben.